Anzeigenpreise:
Die achtgespaltene Zeile 40 ₰
Inserate für auswärts . 50 ₰
Arbeitsmarkt- und Wohnungsanzeigen . 20 ₰
Die 3gesp. Reklamezeile 150 ₰
Bei Wiederholungen Rabatt.
Inserate müssen zwei Tage vor Erscheinen der Zeitung in unsern Händen sein.

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausn. d. Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreise:
In Danzig durch unsere Zweigstellen . monatlich 2,00 ℳ
vierteljährlich 6,00 ℳ
Durch d. Post bez. außerd. Zustellgebühr . monatl 30 ₰
Einzelnummern . . . . . 15 ₰
Postscheckkonto Danzig 2945.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion: Spendhaus 6 :: Telephon 720

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Expedition: Spendhaus 6 :: Paradiesg. 32 :: Teleph. 3290

Nr. 247 | Donnerstag, den 23. Oktober 1919 | 10. Jahrgang

Verhinderter Frieden, erzwungener Krieg.

Das Ergebnis der ersten Verhandlungstage.

Der zweite Unterausschuß der parlamentarischen Untersuchungskommission zur Feststellung der Kriegsverantwortlichkeiten hat am letzten Dienstag seine öffentlichen Verhandlungen begonnen, in denen aufgeklärt werden soll, ob während des Krieges vorhandene Friedensmöglichkeiten fahrlässiger oder schuldhafter Weise außer acht gelassen worden sind. Der Vorsitzende, Herr Warmuth, hat geglaubt, bei dieser Gelegenheit die Presse zur Objektivität ermahnen zu müssen, er hat dabei aber übersehen, daß es sich im großen ganzen durchaus nicht um vollkommen neue Feststellungen handelt. Das Bild der Vorgänge vom Winter 1916—17, das die erste Sitzung entrollte, war in seinen Hauptzügen schon längst bekannt, es ist nur um einige Einzelheiten bereichert worden.

Der Streit, ob in jenem Winter wirklich die Möglichkeit bestanden hat, zu einem Ausgleichsfrieden zu kommen, wird wohl nie zu Ende geführt werden. Als feststehend kann man aber betrachten — und das Zeugnis unseres damaligen Botschafters, des Grafen Bernstorff, in Washington bestätigt es —, daß Wilson damals von der ehrlichen Absicht erfüllt war, Amerika aus dem Krieg herauszuhalten und die Rolle eines Friedensvermittlers zu übernehmen. Strittig bleibt, welche Rolle in dieser Angelegenheit das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 gespielt hat. Es ist die Ansicht vertreten worden, daß dieses Friedensangebot überhaupt nur ein Blender gewesen ist und daß sein Zweck nicht war, den Frieden herbeizuführen, sondern im Gegenteil

die Friedensaktion Wilsons zu durchkreuzen.

Eine Bestätigung dieser Ansicht hat der erste Verhandlungstag nicht erbracht, wohl aber wurde an ihm festgestellt, daß das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember nach amerikanischer Auffassung objektiv eine solche friedenverhindernde Wirkung haben mußte.

Die Amerikaner hatten nämlich ihre eigene Friedensvermittlung in Aussicht gestellt und gebeten, bis dahin gleichgerichtete deutsche Aktionen zu unterlassen, nach deren Ablehnung auch ihre Mission scheitern mußte. Die deutsche Regierung hat Amerika in seinen Friedensvermittlungsversuchen ermuntert, sie hat sich aber nicht an den amerikanischen Rat gehalten, sondern ist mit ihrem eigenen Friedensangebot hervorgetreten, 6 Tage bevor Wilson mit seinem Vermittlungsversuch herauskam.

Die subjektiven Gründe dieses Vorgehens sind noch nicht aufgeklärt. Eine gewisse Rolle hat dabei der Wunsch, ohne neutrale Vermittlung zu direkten Verhandlungen mit den Gegnern zu kommen, zweifellos gespielt. Diese Verhandlungen hat man sich so vorgestellt, daß man zunächst mit ganz gehörigen Annexionsplänen hervortrat, um nachher einige Pflöcke zurückstecken zu können. Diese Rechnung erwies sich aber als vollkommen verfehlt, aus den direkten Verhandlungen mit den Gegnern wurde nichts und aus der neutralen Vermittlung Wilsons auch nichts.

Vermag also niemand mit voller Bestimmtheit zu sagen, ob es im Winter 1916—17 zum Frieden hätte kommen können, wenn ein anderes Verfahren eingeschlagen worden wäre, so nehmen die Aussagen des Grafen Bernstorff so ziemlich jeden Zweifel daran, daß Amerika damals wirklich einen

Frieden ohne Sieger und Besiegte

als in seinem Interesse liegend betrachtete und daß somit damals nicht die Absicht bestand, sich der gegen Deutschland gerichteten Weltkoalition anzuschließen. Versuche eines Gegenbeweises, die man gelegentlich unternommen hat, beweisen in Wirklichkeit garnichts. Denn wenn es Amerika um seine Rolle als Friedensvermittler ernst war, so mußte es sein Verhalten so einrichten, daß man auch auf Seiten der Entente in ihm einen Freund erblicken durfte. Wenn damals und in der Zeit bis dahin mit Liebenswürdigkeiten für die Entente nicht gespart wurde, so beweist das durchaus noch nicht, daß Amerika, gleichgültig, wie sich Deutschland verhielt, durch den unwiderstehlichen Zug seines Herzens an die Seite der Entente geführt worden wäre.

Es ist eine geschichtliche Tatsache, die man, der Arbeit des Untersuchungsausschusses vorgreifend, feststellen kann, daß **Amerika erst durch die Aufnahme des unbeschränkten U-Boot-Krieges in die Reihe unserer Feinde getrieben worden ist.** Oder, noch vorsichtiger und darum desto unanfechtbarer ausgedrückt: Erst durch die Eröffnung des unbeschränkten U-Bootkrieges konnten diejenigen Elemente in Amerika die Oberhand gewinnen, die den Anschluß an die Entente vielleicht schon früher gewünscht hatten.

Heute wird allgemein zugegeben, daß das Eingreifen Amerikas in den Weltkrieg den Ausschlag zu Ungunsten Deutschlands gegeben hat. Der Staatssekretär Zimmermann, der mit scheinbarer durchtriebener Wurstigkeit den Verhandlungen des Ausschusses folgte, hat das damals nicht begriffen. Bethmann und Helfferich, die neben ihm saßen, hatten zwar vor Amerika Furcht gehabt, aber noch größer war ihre Furcht vor den Alldeutschen, und so hatten sie im entscheidenden Augenblick die Widerstandsfähigkeit, wie sie noch ein Jahr zuvor bestätigt hatten, verloren. Wie Deutschland nach Tirpitz's Urteil im August 1914 in den Krieg „hineinschlitterte", so ist es im Januar 1917 auf die schiefe Ebene getaumelt, auf der dann die Fahrt nach dem Abgrund ging.

Ob im Dezember 1916 die Möglichkeit einer erfolgreichen Friedensvermittlung vorhanden war und erst durch deutsches Ungeschick oder deutsche Böswilligkeit zerstört wurde, bleibt vorläufig und wahrscheinlich noch lange eine geschichtliche Streitfrage. **Aber keine Frage mehr ist, daß im Januar 1917 durch den Beschluß des unbeschränkten U-Bootkrieges der Eintritt Amerikas in den Krieg und dadurch, wie sich später herausstellte, die Niederlage Deutschlands geradezu erzwungen wurde.**

Der zweite Sitzungsbericht.

Berlin, 22. Okt. Im Unterausschuß wurde heute die Befragung des Grafen Bernstorff fortgesetzt. Auf eine Anfrage des Abg. Quarck erklärte Graf Bernstorff, daß schon im Mai 1916 der gesamte amerikanische Handel auf die Entente eingestellt war, Handel mit Deutschland kam nicht mehr in Betracht. Hätte Wilson den Handel mit der Entente irgendwie gestört, so würde er die öffentliche Meinung in Amerika gegen sich gehabt haben. Wilson hat auch ihm erklärt, er könne nicht gegen die öffentliche Meinung auftreten. Weiter erklärte Graf Bernstorff, daß die Amerikaner auch bei der Friedensvermittelung unter allen Umständen die völlige Wiederherstellung Belgiens gefordert hätten.

Infolge einer Anfrage Prof. Schücking's bespricht Graf Bernstorff die sogenannte deutsche Verschwörung, mit der die deutsche Vertretung drüben oder Graf Bernstorff für seine Person nichts zu tun gehabt habe. Er teilte mit, daß verschiedene Deutsche wegen Sabotage verurteilt wurden, ohne daß er wisse, ob sie überführt worden seien. Zur Sabotagefrage erklärte Graf Bernstorff, er wüßte heute noch nicht, ob eine solche wirklich von Deutschen verübt worden sei, das Auswärtige Amt hätte sicherlich nicht hinter dieser Sabotage gestanden. Auf die Frage des Professors Bonn, ob bekannt ist, daß eine amtliche Untersuchung eingeleitet worden sei, sagte Graf Bernstorff, er habe den Bericht selber gelesen, könne aber nicht angeben, ob wirklich Dinge passiert sind, wie sie uns vorgeworfen werden. Im September 1915 wäre ein Bericht der österreichisch-ungarischen Botschaft in England dem Ueberbringer in England abgenommen worden, der den Vorschlag enthielt, Geld herzugeben, um unter den ungarischen Arbeitern in einigen wichtigen Betrieben Amerikas Streiks zu inszenieren. Darauf wurde die Abberufung des österreichischen Botschafters verlangt. Nach Abberufung der deutschen Militär- und Marine-Attachés wurden die militärischen Dinge in einem besonderen Büro in Neuyork bearbeitet. Dies wurde eines Tages von Beamten gestürmt und die Akten beschlagnahmt. Der Protest wegen Verletzung der Exterritorialität wurde niemals entschieden, da inzwischen die Friedensaktion einsetzte. Als Staatssekretär Lansing von Bernstorff die Abberufung der beiden Attachés verlangte, habe er gefragt, ob er durch die Tätigkeit dieser beiden Herren kompromittiert sei. Staatssekretär Lansing habe kategorisch geantwortet: Sie sind in keiner Weise an dieser Angelegenheit beteiligt, und er würde bedauern, wenn Graf Bernstorff Washington verließe. Diese Aeußerung habe Oberst House zwei Tage später in noch schärferer Form wiederholt.

Auf eine Einwendung von Prof. Schücking stellte Graf Bernstorff fest, daß Wilson in der Botschaft an den Kongreß in der Tat von verbrecherischen Umtrieben gesprochen habe, das hätte sich aber nur auf Deutsch-Amerikaner, nicht auf Deutschland bezogen. Abg. Sinzheimer stellt auf Grund der Akten fest, daß das Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 in voller Uebereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung und mit dem Kaiser in die Welt gegangen ist.

Es folgt dann die Periode, die mit dem amerikanischen Friedensangebot beginnt. Nach Bernstorffs Ansicht habe die öffentliche Meinung in Amerika den Schritt absolut als pro Deutschland angesehen. Er habe damals angenommen, daß die deutsche Antwort sagen wollte, daß wir eine Friedensvermittelung insoweit wünschten, daß eine Konferenz zustande komme, jetzt müsse er allerdings annehmen, daß unsere Antwort am 26. Dezember aber die Absicht verfolgte, **Wilsons Friedensvermittelung abzuschneiden.** Zu dieser Auffassung wäre er durch ein Telegramm des Kaisers gekommen, worin gefragt wird, warum er noch von einer Friedensvermittelung Wilsons spreche, die doch gar nicht mehr bestände. Auf die Frage des Vorsitzenden, wie er dazu komme, der deutschen Regierung die Absicht zu unterstellen, daß sie einer Friedensvermittelung abgeneigt wäre, antwortete Graf Bernstorff: Er habe die Note Wilsons als Friedensvermittelung angesehen; die Note wäre absichtlich unsicher und tastend gehalten gewesen, um eine Ablehnung unmöglich zu machen. Nach seiner damaligen Ansicht hätte unsere Antwort vom 26. Dezember nur sagen wollen, daß wir eine Einmischung Wilsons in territoriale Fragen nicht wünschen. Der Abg. Sinzheimer stellt fest, daß die Note Wilsons vom 18. Dezember die Bitte an alle Kriegführenden enthielt, konkrete Friedensbedingungen mitzuteilen, die deutsche Antwort erwähne davon nichts. Graf Bernstorff gibt zu, daß ihn ein Telegramm des Kaisers an Zimmermann zu der Auffassung gebracht habe, die Wilsonsche Friedensvermittelung solle von ihm beseitigt werden. Der Kaiser hätte bemerkt, daß er gar keinen Wert auf Wilsons Friedensvermittlung lege. Falls der Bruch mit Amerika unvermeidlich wäre, sei es nicht zu ändern, es werde vorgegangen. Weiterhin erklärte Graf Bernstorff, die deutschen Friedensbedingungen wären sehr maßvoll gewesen. Lansing hätte erwidert, er verstünde nicht, warum wir nicht ebensoviel fordern wie die anderen. Man könnte sich dann auf der Mitte zu einigen versuchen. Wilson habe auch ausgesprochen, daß die Entente die Absicht habe, uns zum Unterseebootskrieg zu bringen, um die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen. Bei vertraulichen Verhandlungen sind öfters Aeußerungen des Oberst House laut geworden: die Entente würde unter allen Umständen versuchen, einen Krieg zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu provozieren. Der Botschafter habe stets alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Friedensbestrebungen Wilsons zu fördern.

Verfrühte Siegesmeldungen der russischen Gegenrevolutionäre.

Die Siegesmeldungen, die der russische General Judenitsch in die Welt hinausgehen ließ, waren verfrüht. Kronstadt und Petersburg befinden sich noch in den Händen der Bolschewisten. Die Gegenrevolutionäre haben bisher nur einige Vororte von Petersburg besetzt.

Amsterdam, 22. Okt. Nach Radiomeldungen englischer Blätter erklärte Trotzki, die Armee, die Petersburg verteidigt, hielt den ersten Schlag nicht aus, und Petersburg sei wieder in Gefahr. Petersburg werde nicht fallen. Für seine Verteidigung werden im Lande genügend Kräfte gefunden. Judenitsch glückte ein Kavallerievorstoß. Es seien Truppen unterwegs, um Petersburg zu helfen.

Oberst Bermondt bittet um gut Wetter bei der Entente.

Libau, 20. Okt. (W. T. B.) Oberst Alwaloff Bermondt hatte Marschall Foch gebeten zu intervenieren, um unnötiges Vergießen von russischem Blut zu verhindern und gleichzeitig um dringende Entsendung einer Kommission zu seiner Armee ersucht. An seine Bitte schließt er einen Appell an Frankreich, ihm bei der endgültigen Vertreibung des Bolschewismus und bei der Errettung seines Vaterlandes aus Anarchie und Elend zu helfen.

Die Hinausschiebung des Friedenszustandes.

Bern, 22. Okt. Nach einem Pariser Bericht des „Corriere della Sera" zeigte besonders England Neigung, die Errichtung des Protokolls über die Ratifikation des Friedensvertrages zu verzögern. England läßt sich dabei lediglich von praktischen Gründen leiten, da der jetzige Zustand einen größeren Druck auf Deutschland erlaube, z. B. bei der Regelung der baltischen Angelegenheiten. Aber auch handelspolitische Gründe seien für die Haltung Englands maßgebend, da England das Erscheinen deutscher Produkte auf dem Weltmarkte im internationalen Wettbewerb möglichst lange mit allen Mitteln verhindern wolle.

Wechsel im Braunschweiger Polizeipräsidium.

Braunschweig, 22. Okt. Die nächtlichen Vorgänge der letzten Tage, namentlich der Handgranatenangriff auf das Kreisgefängnis, haben, wie die „Braunschweiger Neuesten Nachrichten" erfahren, die maßgebenden amtlichen Stellen veranlaßt, den Polizeipräsidenten Tappe seines Amtes zu entheben. Zu seinem Nachfolger wurde der Kreisdirektor Hofmüller in Holzminden ernannt. Mit dem Dreher Tappe ist der letzte Rest der Merges-Oerterschen Gewaltherrschaft beseitigt worden.

Die Reichsschulvorkonferenz.

Berlin, 22. Okt. (W. B.) In der heutigen Sitzung der Reichsschulvorkonferenz wurden die Verfassungsbestimmungen über Arbeitsunterricht und Staatsbürgerkunde besprochen. Die Länder sollen verpflichtet sein, diese Bücher in den Schulen einzuführen. Die Regelung des Religionsunterrichts soll den Ländern überlassen bleiben. Der Religionsunterricht soll nicht prinzipiell aus den Schulen entfernt werden. Bezüglich der Teilnahme der Kinder am Religionsunterricht soll eine ausdrückliche positive Willenserklärung des Erziehungsberechtigten nicht gefordert werden. Die Erklärung auf Befreiung vom Religionsunterricht soll in der einfachsten Form vorgebracht werden können. Reichsminister Dr. Koch schloß die Vorkonferenz mit Worten der Befriedigung über ihren erfolgreichen Verlauf.

Die große Furcht.

Scheidemanns Sammelruf zur Einigung der deutschen sozialistischen Parteien hat in der bürgerlichen Presse große Beachtung gefunden. Schon die Möglichkeit, die Parole könnte Erfolg haben und eine neue sozialistische Kampffront schmieden, scheucht alle Elemente auf, die ihre politische Mitherrschaft zum großen Teil dem Bruderkampf in der Arbeiterschaft verdanken. So schreibt die „Kölnische Volkszeitung“:

„Größere Aufmerksamkeit verdient die seit kurzem eifrig debattierte Frage einer Einigung der beiden sozialistischen Parteien. In der Nationalversammlung hat Scheidemann an den feindlichen Bruder zur Linken einen eindringlichen Appell zur Einigung gerichtet, der von der anderen Seite schroff zurückgewiesen wurde. Damit ist aber, wie die in der Presse fortgesetzte Erörterung zeigt, die Angelegenheit nicht erledigt, und sie wird wohl auch so bald nicht von der Tagesordnung verschwinden, weil sie anscheinend von den Rechtssozialisten als eine Lebensfrage empfunden wird. Sie suchen die Schuld daran, daß nicht alle Blütenträume der „revolutionären“ Arbeiterschaft reiften, der Uneinigkeit der „Proletarier“ und der darauf begründeten Macht des Bürgertums zuzuschieben. **Ihren Willen zu wirksamer sozialistischer Politik sollen die Mahnungen zur Einigkeit bekunden.** Der Gedanke an die nächsten Wahlen dürfte wohl auch eine Rolle in den Gedankengängen Scheidemanns spielen. Scheidemann hat recht, wenn er die Auffassung nichtsozialistischer Kreise, als ob es sich bei dem Zwist im sozialistischen Lager nur um einen wenig beachtlichen häuslichen Streit handle, als falsch bezeichnet. Es ist in der Tat die Schicksalsfrage des deutschen Volkes, ob wir eine rein sozialistische Herrschaft bekommen oder nicht. Wenn ja, dann könnte man allen jetzt neu aufstehenden Optimismus begraben. **Scheidemanns Wunsch nach einer rein sozialistischen Regierung darf nie und nimmer in Erfüllung gehen.**“

Ob Scheidemanns Wunsch „in Erfüllung gehen“ kann, hängt allein von der Einsicht der deutschen Arbeiterschaft ab. Die Mehrheitssozialdemokratie wird alles tun, um das, was das Zentrumsblatt so fürchtet, zum Reifen zu bringen. Um so bedauerlicher, daß die unabhängigen Führer durch ihre Zurückweisung des Scheidemannschen Appells den bürgerlichen Parteien den Steigbügel halten und, wie Dr. Rosenfeld in der preußischen Landesversammlung erklärte, den „frisch-fröhlichen Kampf (also die Zerfleischung der Arbeiterklasse!) der Einigung vorziehen“.

Monarchistischer Eiertanz.

Wegen der Stellung zur Monarchie ist in der Deutschen Volkspartei ein heftiger Zwist ausgebrochen. Diese Partei bildet bekanntlich den Ueberrest der ehemals so stolzen nationalliberalen Partei, deren eine Hälfte unter dem Eindruck der Revolution sich mit den Fortschrittlern zur Deutschdemokratischen Partei verband, während der schwerindustrielle Flügel allein gelassen unter dem Namen „Deutsche Volkspartei“ eine neue Firma aufmachte. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung schnitt dies Gebilde äußerst mäßig ab. Damals war man noch sehr vorsichtig und nahm zu den neuen Ereignissen noch keine ausgesprochen feindliche Stellung. Mittlerweile entwickelte sich aber die noch weiter rechts haltende Deutschnationale Volkspartei zu gefährlicher Konkurrenzgröße, und als diese ganz offen die Wiederherstellung der Monarchie auf ihre Fahnen schrieb, da hielten es die Führer der Deutschen Volkspartei, die Herren Dr. Stresemann und Dr. Heinze, auch ihrerseits für nützlich, ein paar monarchistische Töne zu blasen.

Damit ist man nicht allenthalben einverstanden gewesen. Im Abendland, wo die Knechtseligkeit der Bevölkerung nie ganz so tief ins Blut gedrungen ist, wie in den ostelbischen Gebieten, erregte das Bekenntnis zur Monarchie bei Anhängern der Deutschen Volkspartei Unwillen, und ihr Hauptorgan, die „Kölnische Zeitung“, warf die Frage auf, welches Interesse denn die Deutsche Volkspartei daran habe, bei den nächsten Wahlen den Stoß der Linken gegen rechts aufzufangen. Dieses Blatt scheint überhaupt der Ansicht zuzuneigen, daß auch die Deutsche Volkspartei einen Wahlkampf gegen rechts zu führen habe und nicht so weit von den bürgerlichen Parteien der Linken abrücken sollte.

In diesem Streit buht die Berliner „Tägliche Rundschau“ zu vermitteln. Sie hält eine geschlossene Front der beiden rechtsstehenden Parteien gegenüber den „antinationalen Elementen“ (die nationale Phrase stirbt nicht aus!) für durchaus geboten. Jede Spaltung würde „dem nationalen Gedanken abträglich“ sein. Und über die Frage der Monarchie brauche man doch gar nicht zu streiten. Denn, so sagt die „Tägliche Rundschau“:

> In Wirklichkeit gibt es doch in beiden rechtsstehenden Parteien erwachsene keinen Politiker, der heute oder morgen die Monarchie wieder aufrichten möchte, und wenn morgen die rechtsstehenden Parteien bei Wahlen die Mehrheit erlangen, dürften sie kaum übermorgen den Thron wieder errichten. Wenn die „Kölnische Zeitung“ sagt, alle Bestrebungen unter diesen Zuständen zur Monarchie zurückgreifen, bedeuten nicht den Frieden, sondern neuen Krieg und innen und außen“, so ist eine solche Auffassung, von der übertriebenen heutigen Formulierung abgesehen, durchaus gegenstandslos, weil, wie gesagt, „unter den heutigen Zuständen“ niemand zur Monarchie zurückkehren will. Wir glauben auch nicht, daß es einen Hohenzollern geben dürfte, der die Wiedererrichtung der Monarchie unter den heutigen Zuständen für wünschenswert hielte.

In diesen Sätzen liegt ein sehr beachtenswertes Geständnis. Die Monarchisten wollen heute den Thron nicht aufrichten, heißt man ihnen ein — freilich unbewiesen — Anteil der Wahlen die zweifellosen gesetzlichen Möglichkeiten dazu haben würde. Wozu das?

Die Monarchisten wissen ganz genau, daß die Monarchie unter den heutigen Zuständen nicht besser regieren könnte als die Republik. Sie, die in der Agitation die Schuld an den jetzigen Zuständen immer der Revolution und der Republik in die Schuhe schieben, sind in ihrem Innern noch niemals einen Augenblick darüber im Zweifel gewesen, daß wir in Wirklichkeit unter den Folgen des verlorenen Krieges leiden, und daß eine Monarchie noch viel weniger als die Republik irgendeinen Aufschwung oder Aufstieg bewerkstelligen könnte. Deshalb wollen sie keine Monarchie vor der Hand einführen — eine würde nicht die Republik beseitigen können, sondern bei Seite schieben. Viel lieber wollen sie die jetzigen Zustände ausnutzen, gegen die Republik ausnutzen, indem sie auf die Unfähigkeit weiter Kreise spekulieren. Erst, wenn die Republik mühsam Ordnung geschaffen hat, dann soll die

Monarchie in das fertige Nest gesetzt

werden, um dann das Verdienst an den besseren Zuständen für sich in Anspruch zu nehmen.

Schlau ausgesonnen! Aber es muß dafür gesorgt werden, daß die Weigerung der Monarchisten, die Monarchie einzusetzen, selbst wenn sie es jetzt könnten, im ganzen Volke bekannt wird. Denn diese Weigerung enthält das offene und klare Eingeständnis, daß die Monarchie von ihren eigenen Anhängern für unfähig erklärt wird, in der jetzigen Lage besser zu regieren und zu wirtschaften, als dies die Republik tut.

Das Kaiserideal der Volksparteiler.

Die Deutsche Volkspartei hielt Sonntag ihren Parteitag in Leipzig ab. Die ehemaligen Nationalliberalen begeisterten sich dort in teutscher Männertreue für die Wiederaufrichtung der Monarchie.

Die Rolle der einzelstaatlichen Monarchen sei aber unter allen Umständen ausgespielt. Ein anderer Redner bekam Bedenken, ob diese Forderung verstanden würde und meinte, vom alten Kaisertum könne keine Rede mehr sein, sondern nur von einem neuen Volkskaisertum. In den angenommenen Leitsätzen heißt es jedoch, die Deutsche Volkspartei werde den Wiederaufbau des Reiches mit allen Mitteln fördern. Daher wird sie im Rahmen ihrer politischen Grundsätze auch innerhalb der jetzigen Staatsform mitarbeiten. Die Deutsche Volkspartei fordert den deutschen Einheitsstaat, sie fordert Wiederherstellung der ruhmvollen schwarz-weiß-roten Farben. Die Deutsche Volkspartei erblickt in einem durch freien Entschluß des Volkes auf gesetzmäßigem Wege zu errichtenden Kaisertum die für unser Volk nach Geschichte und Wesensart geeignete Staatsform.

Ein Referat des Generaldirektors Vögler von Deutsch-Luxemburg über Wirtschaftsfragen gipfelte in der mit stürmischem Beifall aufgenommenen Forderung: Heraus aus der Zwangswirtschaft; gegen den Entwurf des Betriebsrätegesetzes. Er will die Arbeiter an den Betrieben durch Aktienbeteiligung interessieren. Dieser Auffassung wird auch im Programm entsprechend Ausdruck gegeben. Natürlich brachte der Parteitag eine Kampfansage gegen die Sozialdemokratie.

Je größer die Uneinigkeit in den Reihen der Arbeiter, desto stärker steigt den Rückschrittlern aller Schattierungen der Saft. Die Unabhängigen und Kommunisten arbeiten nur für die Reaktion.

Reichspräsident Ebert in Breslau.

Breslau, 22. Okt. Reichspräsident Ebert traf heute früh zur Besichtigung der Oberschlesischen Ausstellung hier ein. In seiner Begleitung befanden sich Reichsminister Bell und Staatsminister Heine. Die Angekommenen begaben sich nach dem Rathause, wo Oberbürgermeister Dr. Wagner sie begrüßte und besonders die Verkehrs- und Kohlennot Breslaus schilderte. Reichspräsident Ebert versicherte, daß die Reichsregierung bestrebt sei, diese Nöte zu mildern. Er sei überzeugt, daß Breslau die Aufgabe, deutsche Arbeit hier zur Geltung und zum Erfolg zu bringen, mit gleichen Kräften erfüllen werde, wie bisher. Minister Heine führte u. a. aus: In den letzten Tagen habe er sich mit der Durcharbeitung der neuen Städteordnung beschäftigt, und dabei sei ihm so recht zum Bewußtsein gekommen, welch starkes politisches Leben in den Kommunalverbänden pulsiere. Die Revolution habe auch auf diesem Gebiete die Kräfte befreit, deshalb sollten die Kommunen erheblich unabhängiger gestellt werden als bisher. Die Gemeinden müßten eine gewisse Finanzhoheit haben und ihre kulturellen Aufgaben selbst regeln. Die Verkehrsschwierigkeiten hätten ihren Grund nicht nur in der Kohlenbeförderung, sondern auch hauptsächlich in der Kartoffelbeförderung. Schlesien sei Kartoffellieferant großer Teile des Reiches, und mit Rücksicht auf das jetzige schöne Wetter müßte mit allen Kräften darauf hingearbeitet werden, die Kartoffeln zu befördern. Die Ehre des Gebenden, die Schlesien hier habe, verpflichte es auch, die damit verbundenen Lasten auf sich zu nehmen. Vom Rathause fuhr der Präsident zur Besichtigung der Ausstellung.

Noske über das Berufssoldatentum.

Berlin, 22. Okt. (W. B.) Zu den heutigen Verhandlungen des Wirtschaftsverbandes der deutschen Berufssoldaten, der über 80 000 Mitglieder zählt und in den Sälen des Restaurants Rheingold tagt, erschien heute mittag Reichswehrminister Noske. Die Unteroffiziere baten den Minister, dem Kapitulantenzeugnis der Sonderdienstlichen Charakter zu verleihen. In der neuen Reichswehr verlangen die Unteroffiziere eine gesetzmäßige Berufsinteressen-Vertretung. Als Träger des Volksheeres wollten sie keine Politik treiben, verlangten aber wie bisher den Zivilversorgungsschein und Staatsbürgerrechte.

Hierauf ergriff Reichswehrminister Noske das Wort:

Wenn Deutschland ein reiches Land wäre, dann könnten Ihre Forderungen schnell erfüllt werden. Beim Reichsfinanzministerium muß das Bestreben vorhanden sein, alle Ausgaben in den engsten Grenzen zu halten. Ich bin in der unglücklichen Lage, jeden Tag viel Geld auszugeben, während der Finanzminister nicht weiß, wo er die Millionen hernehmen soll, die fast täglich von den verschiedenen Bevölkerungsschichten verlangt werden. Die neue Reichswehr ist auch undenkbar, wenn nicht wenigstens ein Teil der erfahrenen Unteroffiziere übertritt. Die Zuerkennung des Zivilversorgungsscheines ist deshalb selbstverständlich und ich könnte die Gewähr für die neue Truppe nicht übernehmen, wenn mir von der Regierung meine Forderungen nicht bewilligt werden. Die Beschaffungsbeihilfe war für die Unteroffiziere ursprünglich gar nicht vorgesehen. Das Abfindungsgesetz ist durchaus kein Kopperstück. Wenn Sie die gesamte Finanzlage übersehen und wie sich große andere Volksteile finanziell befinden, so haben Sie keinen Grund zur Kritik. Jeder einzelne in Deutschland ist eben in unsicherer Lage, wenn er nicht Schiebergeschäfte gemacht hat. Für mich gilt nicht der papierne Wert eines Zeugnisses, sondern der Wert eines Mannes ist ausschlaggebend. Wer sich mit seiner ganzen Spannkraft einsetzt, der wird auch durchdringen. Mit äußerstem Mißtrauen werde ich aber ziehen, wenn Ihr Verband etwa die Reichswehr auf eine gewerkschaftliche Grundlage stellen will, dann würden Sie mich als den entschlossensten Gegner finden. Die neue Truppe wird ein sehr kostspieliges Instrument. Aber so geht es nicht, daß sie einfach Gewehr bei Fuß steht, wenn es Ihr paßt. Das wäre schandbarste Prätorianerwirtschaft, die ich auf keinen Fall dulden würde. Die Truppe muß unpolitisch sein. Der zukünftige Berufssoldat wird auf manches verzichten können, was jetzt noch als Errungenschaft der Revolution gilt. Jeder, der in die kleine Armee von 200 000 Mann eintritt, wird so gut geblidet und so sauber gekleidet werden müssen, wie es nie der Fall war. Die Kasernen werden auch anders aussehen. Wir werden Spiel- und Billardsäle einrichten. Nach zwölf Jahren wird der Soldat nicht mit dem Bettelsack auf die Straße geworfen, sondern es wird für seine Zukunft gesorgt werden müssen. In der neuen Reichswehr wird es zu Beginn keine Offiziersaspiranten geben. Erst nach zwei Jahren wird sich zeigen, wer von den Mannschaften sich dazu eignet, auf die Offiziersschule zu gehen. Ich bin mir klar, daß, wer mit besserer Schulbildung in die Reichswehr kommt, gewisse Vorzüge genießen wird. Dies wird aber verschwinden, wenn erst die große Schulreform durchgeführt ist. Die neue Truppe wird dazu beitragen, Deutschland aus tiefster Erniedrigung zu neuer Blüte zu führen.“

Die Ausführungen des Ministers machten auf die Unteroffiziere sichtlich Eindruck. Der Vorsitzende dankte dem Minister namens des Verbandes und die Anwesenden riefen dem Minister die Worte „Treue um Treue“ zu.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 22. Okt.

Fortsetzung der 2. Beratung des Haushalts (Reichsschatzministerium).

Abg. **Koch** (Dntatl.): Trotz allem guten Willen seitens des Reichsverwertungsamtes sind Verschiebungen in größerem Maßstabe erfolgt. Der Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt über Militärwerkstätten ist eine einzige Anklage. Der Vorwurf trifft das gesamte Ministerium, daß es viel früher hätte Maßnahmen treffen müssen zur sofortigen Umstellung der Betriebe. In einigen Betrieben haben gewisse Arbeiterkreise die Leitung an sich gerissen. Der Terrorismus der Soldatenräte hält die Arbeiter und Beamten in Furcht.

Generaldirektor **Dr. Weinlig** vom Reichsverwertungsamt: Wir haben noch längere Zeit an verlustbringenden Aufträgen zu tragen. An leitende Stellen müssen wir Ingenieure und Kaufleute setzen. Wir haben Betriebe an 16 verschiedenen Orten. Arbeiter und Angestellte müssen uns unterstützen, sie müssen sich zum Teil bescheiden. Vielfach haben wir erfreuliches Entgegenkommen gefunden.

Abg. **Marzki** (Dntatl.): Wir freuen uns, daß auch die Mehrheitssozialisten einsehen, daß leitende Kräfte mit großer Bewegungsfreiheit und mit guter Bezahlung nötig sind.

Abg. **Brühl** (U. Soz.): Die Arbeiterräte haben vielfach gute Ratschläge für die Verwertung des Heeresgutes gegeben, die aber nicht befolgt worden sind. Auch unter dem neuen Kurse wird verordnet und befohlen ohne Rücksicht auf die Rechte der Arbeiter, die seit der Revolution das Recht erzwungen haben, mit zu bestimmen.

Hierauf werden eine Reihe von Titeln und Entschließungen des Ausschusses angenommen.

Abg. **Wieland** (Dem.): Auch in die Landesfinanzämter müssen Techniker hinein neben den Juristen. Den Techniker müßte der Aufstieg in die Verwaltung frei gemacht werden.

Minister **Meyer**: Der Aufstieg in höhere Stellen steht den Technikern durchweg offen.

Abg. **Stahl** (Soz.) verteidigt die Haltung der Mehrheitssozialisten in der Frage der Spandauer Werkstätten. Die Schließung derselben ist nur zurückzuführen auf die Haltung der Unabhängigen. Durch Sabotage seien Millionen in Spandau verloren gegangen. Auch die Vernünftigen unter den Unabhängigen waren darüber einig, daß die Betriebe mit 2400 Menschen nicht umgestellt werden können. Auch in Spandau müsse möglichst die Selbstverwaltung eingeführt werden, ebenso das Mitbestimmungsrecht.

Abg. **Jand** (Ztr.) tritt dafür ein, daß bei der Umstellung auf Mittelstand und das kleine selbständige Gewerbe Rücksicht genommen wird.

Minister Meyer: Die Heeresbetriebe werden Dinge herstellen, an denen das Handwerk das größte Interesse habe, z. B. Handmaschinen in vollendetster Beschaffenheit und preiswerte Konkurrenzartikel für das Handwerk werden nicht hergestellt werden.

Der Etat wird angenommen. Morgen 1 Uhr: Auswärtiges Amt.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 22. Okt.

Die 2. Haushaltsberatung wird bei der landwirtschaftlichen Verwaltung fortgesetzt.

Landwirtschaftsminister Braun: Der Antrag Kanitz auf Aufhebung der Zwangswirtschaft dürfte bei der überwiegenden Mehrheit des Volkes keine Zustimmung finden. Gegenüber dem Streikstreik muß ich die Warnung erheben: Spielet nicht mit dem Feuer. Die Rechte bekämpft mich als einen Minister gegen die Landwirtschaft, weil ich für die Landarbeiter eintrete. Der Pommersche Landarbeiterstreik ist lediglich durch den Widerstand der Arbeitgeber gegen den Abschluß des Tarifvertrages hervorgerufen worden. Die Landarbeiter sind brutal niedergehalten worden. Aber der Gedanke der Tarifverträge marschiert und wird verwirklicht werden. Das Ziel meiner Verwaltung muß sein, die Schaffung von Wirtschaftseinheiten, die den größtmöglichsten Ertrag ergeben. Notwendig ist die Verbesserung des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens. Sie müssen es sich abgewöhnen, aus dem landwirtschaftlichen Berufe einen Rechtstitel auf politische Vorherrschaft herzuleiten. (Großer Beifall bei den Soz.)

Abg. **Kanitz** (Ztr.): Würde die Landwirtschaft besser mit Düngemitteln versorgt, so könnte sie dem Boden mehr abringen.

Abg. **Westmann** (Dem.): Unsere Forderung ist: Los von der Zwangswirtschaft, sobald es möglich ist. Wir müssen ein gutes Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern auf dem Lande haben, und dazu brauchen wir die Tarifverträge. Die Einführung des Anbauzwanges in der Landwirtschaft ist unmöglich. Wir haben auch von der äußersten Linken noch nie die Forderung des Arbeitszwanges erheben hören.

Abg. **v. d. Osten** (Dntatl.): Im Falle Dr. Grimm ersuche ich den Minister schleunigst für gerechte Klarlegung zu sorgen, oder die seinerzeit gegen mich erhobenen Beschuldigungen unter dem Ausdrucke des Bedauerns zurückzunehmen. Die Kritik der Linken an den Ministern war früher viel schärfer und jedenfalls in der Form viel rüder als unsere jetzige Kritik. Der besondere Grund für den Antrag Kanitz liegt in der ungeheuren politischen Gefahr Ostpreußens. Wenn die jetzige gehässige Agitation noch weiter geht, müßte das Wirtschaftsleben des Landes zum Stillstehen kommen. Die Forderung des Anbauzwanges ist eine verbrecherische Torheit. Ein solcher Rechtsbruch ist in einem geordneten Rechtsstaat unmöglich; wir kämen damit zur Wirtschaftsdiktatur. Wehe der Regierung, die den Rechtsboden verläßt. Der Landarbeiterstreik in Pommern war ein großer Rechtsbruch.

Das Haus vertagt sich auf morgen 12 Uhr. Schluß gegen 4 Uhr.

Beilage zur Volkswacht

Nr. 247 | Donnerstag, den 23. Oktober 1919 | 10. Jahrgang

Arbeiterbewegung und Marxismus.

Von Paul Kampffmeyer.

Wir entnehmen den nachfolgenden Artikel dem bei Ullstein in Berlin zum Preise von 8 Mark erschienenen Buche Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie von Paul Kampffmeyer. Er dürfte den erst nach dem Kriege zur Partei gekommenen Genossen manches Neue und Interessante bieten. Red.

Am 17. Juli 1869 erschien in dem von Wilhelm Liebknecht redigierten demokratischen Wochenblatt ein Aufruf an die deutschen Sozialdemokraten, der einen allgemeinen deutschen sozialdemokratischen Kongreß zum 7., 8. und 9. August 1869 nach Eisenach berief. Dieser Eisenacher Kongreß schuf die sozialdemokratische Arbeiterpartei, fügte aber keineswegs die Lassalleaner, die Mitglieder des von Lassalle geschaffenen Deutschen Arbeitervereins, und die Anhänger von Liebknecht und Bebel zu einer allgemeinen einheitlichen Kampffront zusammen. Immerhin legte der Kongreß das tragfähige Fundament zu der später geeinten rein sozialdemokratischen Partei.

Seit dem Eisenacher Kongreß ist nicht einmal ein halbes Jahrhundert verflossen. In diesem kurzen Zeitraum, der kaum einen Atemzug in der unendlichen Geschichte der Menschheit bedeutet, erlebte die Welt wohl bisher die größte geschichtliche Umwälzung. Revolutionär-sozialistische Grund- und Kernideen, die Marx und Engels noch fast unverstanden vor einem halben Jahrhundert einsam in ihrem Kopfe wälzten, sind Massengedanken geworden. Natürlich gingen nicht die abstrakten Ideengänge des Marxschen „Kapitals" in die Köpfe des arbeitenden Volkes über, wohl aber strömten Marxsche Grundgedanken in die Parteiprogramme, Wahlflugblätter und Massenbroschüren über. . . .

In seinen wuchtigen Flugschriften führte Karl Marx dem Arbeiter die ganze wirtschaftliche Ohnmacht vor Augen, zu der er als isolierter Arbeiter verdammt war, und über die ganze Welt brauste nun das aufrüttelnde kettensprengende Wort: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Die Anfänge einer internationalen Organisation legte Karl Marx schon in den Sturm- und Drangjahren der Revolution von 1848 und 1849. Fünfzehn Jahre später schuf er dann mit seiner berühmten „Inauguraladresse" ein Programm für die Arbeiter der ganzen Welt. Hier leuchtet schon klar der Gedanke einer von den Arbeitern überwachten Weltpolitik auf, die vollkommen mit den Mysterien der bisherigen Diplomatie gebrochen hat, hier wird die Fabrikgesetzgebung als eine tief in das Leben der bürgerlichen Produktion einschneidende Gesetzgebung charakterisiert, und hier ist die genossenschaftliche Produktion als der Vorbote einer kommenden freien sozialistischen Produktion begrüßt.

Ein weltumwälzender Erzieher wurde Marx den Arbeitern, als er deren Augen für den werdenden Sozialismus der Gegenwart öffnete. Marx war ein Konstrukteur ökonomischer und politischer Institutionen. Er vollzog — so kann man mit einem gewissen Recht sagen — die „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" . . .

So ist denn Karl Marx der internationalen Arbeiterschaft ein Bahnbrecher zu neuen Zielen, ein mächtiger Aufrüttler, ein vorbildlicher Weltorganisator und ein großer geschichtlicher Lehrmeister gewesen. Er lebt als weltgestaltende Kraft in Millionen und aber Millionen Arbeitern fort.

Aber nicht alle Proletarier, die sich in der modernen Arbeiterbewegung betätigen, sind von diesen Marxschen Ideen ergriffen worden. Die moderne Arbeiterbewegung hat nicht nur sozialistische, sondern auch christlich-soziale und liberal gerichtete Proletarier in sich aufgenommen. Aber die, getrennt marschierenden Heerhaufen dieser Bewegung, so leidenschaftlich sie auch mitunter gegeneinander anstürmten, haben doch wieder in großen brennenden Tagesfragen enge Fühlung miteinander gehalten. In zahlreichen Streiks zum Beispiel schlossen sie sich zur Erkämpfung besserer Arbeitsbedingungen zusammen. Der Gedanke der Befreiung des Arbeiters vom lastenden kapitalistischen Druck lebt auch in den Organisationen der christlichen Arbeiter; aber er wirkt sich nicht vollkräftig aus, weil er sich in den Rahmen einer kirchlich autoritären Weltanschauung fügen muß. Auch die Emanzipationsbestrebungen des liberal organisierten Arbeiters finden eine Schranke in den liberalen Ideen einer individualistischen Gesellschaftsepoche. Völlig ungehemmt entfaltet sich das Prinzip der Befreiung der Arbeit nur in der sozialistischen Bewegung. Man wird von liberaler Seite deshalb vielleicht den Einwand der Einseitigkeit gegen diese Bewegung erheben, jedenfalls strahlt sie aber die Emanzipationsidee des Proletariats am reinsten und ungebrochensten aus. Deshalb muß jeder Darsteller der Freiheitskämpfe der Arbeiterschaft vor allem die Geschichte des demokratischen Sozialismus ins Auge fassen.

Der Sozialismus deckt sich also nicht mit der Arbeiterbewegung. Es gibt eben Arbeiter, die nicht Sozialisten sind, und es gibt Sozialisten, die nicht Arbeiter sind. Der Sozialismus schließt eine grundsätzliche Umgestaltung der ganzen Gesellschaft ein; er ändert nicht nur die soziale Stellung des Arbeiters, sondern auch die des Wissenschaftlers, Künstlers, Staats- und Gemeindebeamten usw.

Die großen französischen Sozialisten St. Simon und Fourier haben völlig außerhalb der proletarischen Strömungen gestanden, die mit der Französischen Revolution schon starke Bruchteile der großstädtischen Arbeiterschaft ergriffen. Die deutschen bahnbrechenden Sozialisten gingen aus dem Bürgertum hervor. Sie sind in ihrer geistigen Entwicklung wesentlich von der deutschen Philosophie beeinflußt worden. Und immer wieder tauchen aus den Kreisen der Intellektuellen Männer und Frauen auf, die mächtig von dem sozialistischen Freiheitsgedanken gepackt wurden. Und weshalb? Weil der Liberalismus nicht die wirtschaftliche Befreiung des Menschen brachte. Der Liberalismus schuf nur die formale rechtliche Gleichheit der Individuen, ließ aber alle ökonomischen und sozialen Ungleichheiten noch fortbestehen. Der wirtschaftlich unfreie, in ärmlichen proletarischen Verhältnissen lebende Mensch konnte auf der sozialen Stufenleiter nicht emporsteigen; da jener Aufstieg durchschnittlich große wirtschaftliche Mittel erforderte, über die der Arbeiter nicht verfügte. Der Liberalismus läßt die Klassen und die mit ihnen zugleich gesetzten sozialen Scheidewände fortbestehen. Der Sozialismus will den Individuen möglichst gleiche äußere Entwicklungsbedingungen setzen, um allen Befähigten die freie Entfaltung ihrer Veranlagung zu gewährleisten.

Der Sozialismus strebt die Beherrschung der Natur durch vergesellschaftete, vom sozialen Klassendruck befreite Menschen an. Er setzt technisch die denkbar größte Steigerung der Leistungsfähigkeit der Produktions- und Verkehrsmittel voraus, wirtschaftlich-sozial das gesellschaftlich geregelte harmonische Zusammenarbeiten großer Produktions- und Konsumtionsverbände, politisch die Beseitigung jeder Klassenherrschaft.

Der Sozialismus will den allgemeinen Wohlstand begründen, das geistige und sittliche Gesamtniveau der Gesellschaft heben und den Gesellschaftsmitgliedern eine vielseitige harmonische Entwicklung sichern. Dieses hohe Kulturziel kann eben nur durch eine tiefgründige Kenntnis der sozialen Gesetzmäßigkeiten erreicht werden. Die Menschen will der Sozialismus nicht nur fortpflanzen, sondern emporpflanzen, und die geistig gehobene Menschheit will sich die „Natur", und die in eine gesellschaftliche Form gebrachte Natur, die Wirtschaft, in größtem Umfange dienstbar machen, damit ergiebige wirtschaftliche Quellen zur Sättigung aller kulturellen Bedürfnisse der Menschheit fließen. Deshalb hat der Sozialismus direkt ein Lebensinteresse an allen Fortschritten der schöpferischen, die Natur- und Sozialgesetze beherrschenden Wissenschaft. Diese Wissenschaft ist und soll schaffendes Wissen, vorwärtsdrängendes, die Wirklichkeit umgestaltendes Wissen sein. Wahre Wissenschaft steht dem Leben nie fern, sie ist Leben für Lebende.

Die Umwälzung in der materiellen Produktion erzeugt nach Marx die großen Revolutionen in der politischen und in der geistig-kulturellen Welt. Die Produktivkräfte zersprengen jeweilig die Produktions- oder Eigentumsverhältnisse, unter denen sie entstanden sind. Die Ideen in den Köpfen der Menschen sind nur Wiederspiegelungen der sich vollziehenden wirtschaftlichen und sozialen Umgestaltungen. Mit seinen sozialen Lebensverhältnissen ändert der Mensch seine Vorstellungen und Begriffe. Ein neues gesellschaftliches menschliches Sein schafft jeweilig ein neues menschliches Bewußtsein. Das Ideelle ist das im Menschenkopf umgesetzte Materielle. Da sich außerhalb des menschlichen Bewußtseins die Produktion sozialisiert, taucht im menschlichen Bewußtsein die sozialistische Idee auf. Die Idee ist nach Marx eben der Reflex greifbarer materieller Verhältnisse.

In seiner vielzitierten Schrift: „Zur Kritik der politischen Oekonomie" hat Marx seiner Geschichtsauffassung folgende Formulierung gegeben: „In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Ueberbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen, oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Ueberbau langsamer oder rascher um."

Den ganzen Marxismus beherrscht der Gedanke: Der Sozialismus ist keine bloße Erfindung eines geistreichen Kopfes, sondern ein Stück greifbarer Wirklichkeit. Der Sozialismus gestaltet sich außerhalb des menschlichen Bewußtseins objektiv. Ob er aber in der Katastrophe einer gewaltsamen Sprengung der Produktions- oder Eigentumsverhältnisse, ob er in der sozialen Revolution eines verelendeten Proletariats zur Reife gelangt, darüber gehen die Ansichten in der Sozialdemokratie auseinander. Alle sozialdemokratischen Richtungen aber unterstreichen die Marxsche Idee, daß sich in der gesellschaftlichen Zusammenarbeit von Hunderten und Tausenden proletarischer Arbeiter die neue gesellschaftliche, die sozialistische Produktion schon regt. Unbewußt strebt aus der kapitalistischen, von der menschlichen Gesellschaft noch unbeherrschten Produktion eine neue sozialistische Grundlage der Wirtschaft empor.

Der Schimmelreiter.

Novelle von Theodor Storm.

34) (Schluß.)

Ein donnerartiges Rauschen zu seinen Füßen weckte ihn aus diesen Träumen; der Schimmel wollte nicht mehr vorwärts. Was war das? — Das Pferd sprang zurück, und er fühlte es, ein Deichstück stürzte vor ihm in die Tiefe. Er riß die Augen auf und schüttelte alles Sinnen von sich: er hielt am alten Deich, der Schimmel hatte mit den Vorderhufen schon daraufgestanden. Unwillkürlich riß er das Pferd zurück: da flog der letzte Wolkenmantel von dem Mond, und das milde Gestirn beleuchtete den Graus, der schäumend, zischend vor ihm in die Tiefe stürzte, in den alten Koog hinab.

Wie sinnlos starrte Hauke darauf hin; eine Sündflut war's, um Tier und Menschen zu verschlingen. Da blinkte wieder ihm der Lichtschein in die Augen; es war derselbe, den er vorhin gewahrt hatte; noch immer brannte der auf seiner Werfte; und als er jetzt ermutigt in den Koog hinabsah, gewahrte er wohl, daß hinter dem sinnverwirrenden Strudel, der tosend vor ihm hinabstürzte, nur noch eine Breite von etwa hundert Schritten überflutet war; dahinter konnte er deutlich den Weg erkennen, der vom Koog heranführte. Er sah noch mehr: ein Wagen, nein eine zweirädrige Karriole kam wie toll gegen den Deich herangefahren; ein Weib, ja auch ein Kind saßen darin, und jetzt — war das nicht das kreischende Gebell eines kleinen Hundes, das im Sturm vorüberflog? Allmächtiger Gott! Sein Weib, sein Kind waren es; schon kamen sie dicht heran, und die schäumende Wassermasse drängte auf sie zu. Ein Schrei, ein Verzweiflungsschrei brach aus der Brust des Reiters: „Elke!" schrie er: „Elke! Zurück! Zurück!"

Aber Sturm und Meer waren nicht barmherzig, ihr Toben zerwehte seine Worte; nur seinen Mantel hatte der Sturm erfaßt, es hätte ihn bald vom Pferde herabgerissen; und das Fuhrwerk flog ohne Aufenthalt der stürzenden Flut entgegen. Da sah er, daß das Weib wie gegen ihn hinauf die Arme streckte: hatte sie ihn erkannt? Hatte die Sehnsucht, die Todesangst nur ihn sie aus dem sicheren Haus getrieben? Und jetzt — rief sie ein letztes Wort ihm zu? — Die Fragen fuhren durch sein Hirn; sie blieben ohne Antwort: von ihr zu ihm, vom ihm zu ihr waren die Worte all verloren; nur ein Brausen wie vom Weltuntergang füllte ihre Ohren und ließ keinen andern Laut hinein.

„Mein Kind! O Elke, o getreue Elke!" schrie Hauke in den Sturm hinaus. Da sank aufs neu ein großes Stück des Deiches vor ihm in die Tiefe, und donnernd stürzte das Meer sich hinterdrein; noch einmal sah er drunten den Kopf des Pferdes, die Räder des Gefährtes aus dem wüsten Greuel emportauchen und dann quirlend darin untergehen. Die starren Augen des Reiters, der so einsam auf dem Deiche hielt, sahen weiter nichts. „Das Ende!" sprach er leise vor sich hin; dann ritt er an den Abgrund, wo unter ihm die Wasser, unheimlich rauschend, sein Heimatsdorf zu überfluten begannen; noch immer sah er das Licht von seinem Hause schimmern: es war ihm wie entseelt. Er richtete sich hoch auf und stieß dem Schimmel die Sporen in die Weichen; das Tier bäumte sich, es hätte sich fast überschlagen; aber die Kraft des Mannes drückte es herunter. „Vorwärts!" rief er noch einmal, wie er es so oft zum festen Ritt gerufen hatte: „Herr Gott, nimm mich; verschon die andern!"

Noch ein Sporenstich; ein Schrei des Schimmels, der Sturm und Wellenbrausen überschrie; dann unten aus dem hinabstürzenden Strom ein dumpfer Schall, ein kurzer Kampf.

Der Mond sah leuchtend aus der Höhe; aber unten auf dem Deiche war kein Leben mehr, als nur die wilden Wasser, die bald den alten Koog fast völlig überflutet hatten. Noch immer aber ragte die Werfte von Hauke Haiens Hofstatt aus dem Schwall hervor, noch schimmerte von dort der Lichtschein, und von der Stadt her, wo die Häuser allmählich dunkel wurden, warf noch die einsame Leuchte aus dem Kirchturm ihre zitternden Lichtfunken über die schäumenden Wellen."

*

Der Erzähler schwieg; ich griff nach dem gefüllten Glase, das seit lange vor mir stand; aber ich führte es nicht zum Munde; meine Hand blieb auf dem Tische ruhen.

„Das ist die Geschichte von Hauke Haien," begann mein Wirt noch einmal, „wie ich sie nach bestem Wissen nur berichten konnte. Freilich, die Wirtschafterin unseres Deichgrafen würde sie Ihnen anders erzählt haben; denn auch das weiß man zu berichten: jenes weiße Pferdsgerippe ist nach der Flut wiederum, wie vormals, im Mondschein auf Jeversballig zu sehen gewesen; das ganze Dorf will es gesehen haben. — Soviel ist sicher: Hauke Haien mit Weib und Kind ging unter in dieser Flut; nicht einmal ihre Grabstätte hab ich droben auf dem Kirchhof finden können; die toten Körper werden von dem abströmenden Wasser durch den Bruch ins Meer hinausgetrieben und auf dessen Grund allmählich in ihre Urbestandteile aufgelöst sein — so haben sie Ruhe vor den Menschen gehabt. Aber der Hauke-Haien-Deich steht noch jetzt nach hundert Jahren, und wenn Sie morgen nach der Stadt reiten und die halbe Stunde Umweg nicht scheuen wollen, so werden Sie ihn unter den Hufen Ihres Pferdes haben.

Der Dank, den einstmals Jewe Manners bei den Enkeln seinem Erbauer versprochen hatte, ist, wie Sie gesehen haben, ausgeblieben; denn so ist es, Herr: dem Sokrates gaben sie ein Gift zu trinken, und unsern Herrn Christus schlugen sie an das Kreuz! Das geht in den letzten Zeiten nicht mehr so leicht; aber — einen Gewaltsmenschen oder einen bösen stiernackigen Pfaffen zum Heiligen oder einen tüchtigen Kerl, nur weil er uns um Kopfeslänge überwachsen war, zum Spuk und Nachtgespenst machen — das geht noch alle Tage."

Als das ernsthafte Männlein das gesagt, stand es auf und horchte nach draußen. „Es ist dort etwas anders worden", sagte er und zog die Wolldecke vom Fenster; es war heller Mondschein. „Seht nur," fuhr er fort, „dort kommen die Gevollmächtigten zurück: aber sie zerstreuen sich, sie gehen nach Hause; — drüben am andern Ufer muß ein Bruch geschehen sein; das Wasser ist gefallen."

Ich blickte neben ihm hinaus; die Fenster hier oben lagen über dem Rand des Deiches; es war, wie er gesagt hatte. Ich nahm mein Glas und trank den Rest: „Haben Sie Dank für diesen Abend!" sagte; „ich denk, wir können ruhig schlafen!"

„Das können wir," entgegnete der kleine Herr; „ich wünsche von Herzen eine wohlschlafende Nacht!"

Beim Hinabgehen traf ich unten auf dem Flur den Deichgrafen; er wollte noch eine Karte, die er in der Schenkstube gelassen hatte, mit nach Hause nehmen. „Alles vorüber!" sagte er. „Aber unser Schulmeister hat Ihnen wohl schön was weisgemacht; er gehört zu den Aufklärern!"

„Er scheint ein verständiger Mann!"

„Ja, ja, gewiß; aber Sie können Ihren eigenen Augen doch nicht mißtrauen; und drüben an der andern Seite, ich sagte es ja voraus, ist der Deich gebrochen!"

Ich zuckte die Achseln: „Das muß beschlafen werden! Gute Nacht, Herr Deichgraf!"

Er lachte: „Gute Nacht!"

Am andern Morgen, beim goldensten Sonnenlichte, das über einer weiten Verwüstung aufgegangen war, ritt ich über den Hauke-Haien-Deich zur Stadt hinunter.

Ende.

Lokales.

Schulturnen.

In der neuesten Nummer der „Münchener Medizinischen Wochenschrift" bringt Professor Bier, der bekannte Berliner Chirurg, über die Leibesübungen eine größere Arbeit. Er tritt ein für die Schaffung eines gesetzlichen Turnpflichtjahres für alle jungen Männer, nachdem „die großartigste Körperschulung der Welt", der alte Militärdienst, nicht mehr existiere.

Wir halten solchen Zwang, solch ein erzogenes Herausreißen aus dem Leben nicht für angebracht und glauben, daß man dasselbe erreicht, wenn man den Körper von frühester Jugend an harmonisch mit Geist und Seele bildet, wie es in anderen Ländern geschieht. Amerika und England z. B. sind in dieser Beziehung viel weiter als wir, stehen in sportlichen Leistungen mit an erster Stelle, auch ohne diese „großartigste Körperschulung der Welt". Das Wesentlichste bei der Sache ist die Bildung des jugendlichen Körpers, die körperliche Entfaltung in den Schuljahren. Während in England z. B. auf 20 Schulstunden 4 Turn- und Sportstunden kommen, entfallen bei uns auf 150 Schulstunden 7,2 Turnstunden und auf 46 Stunden geistiger Arbeit 4 Turnstunden. Wir sollten uns in der Auffassung der körperlichen Ausbildung des Schulkindes an Japan ein Beispiel nehmen. Dort wird der körperlichen Erziehung und der Gesundheitspflege auch erheblich mehr Zeit gewidmet als in unseren Schulen. Da der Religionsunterricht in Japan fortfällt, ist damit eine größere Belastung der Schulkinder nicht verbunden.

Bei einer solch ungenügenden körperlichen Ausbildung des Kindes in der Schule ist eine Feststellung Dr. Kramers im internationalen Archiv für Schulhygiene nicht verwunderlich. Danach sind die Gesundheitsschädigungen des Kindes um so größer, je länger der Aufenthalt in der Schule dauert. Wahrlich, eine beschämende Anklage gegen unser Schulsystem.

Eine Besserung erfolgt vor allem dadurch, daß man die Turnstundenzahl erhöht, natürlich ohne Vermehrung der allgemeinen Schulstundenzahl. Auch hat der Turnunterricht mehr System zu zeigen. Nach dieser Richtung sind die Ausführungen Prof. Biers von großem Wert.

Zunächst verlangt er für jeden, der Leibesübungen vornimmt, eine gute Ernährung. Das bedeutet in unserem Falle die Einführung und den Ausbau der Schulspeisungen. Schlecht ernährte Kinder können von den Leibesübungen sogar Schaden statt Nutzen davontragen. Ferner weist Prof. Bier auf die Bedeutung von Licht und Luft hin. Die Leibesübungen sollen nackt vorgenommen werden, wenn es die Jahreszeit irgendwie erlaubt, und unter freiem Himmel. Die Erleichterung der Bewegungen beim nackten Körper ist dabei das Wenigste, heißt es. Viel wichtiger ist, daß Luft, Wind, Sonne, gelegentlich auch Regen den Körper wie kein anderes Mittel abhärten und so Schutz gegen das Heer der Erkältungskrankheiten und ihre Folgen, besonders aber auch gegen die Tuberkulose, gewähren. Gerade auf dem letzten Grunde schreibt Bier, sollten die Übungen auch in der prallen Sonne vorgenommen werden. Wer einmal gesehen hat, sagt er, „mit welcher Sicherheit die Sonnenbestrahlung die sogen. „chirurgische" Tuberkulose heilt, wird kaum einen Zweifel hegen, daß sie sich in noch viel höherem Maße als vorbeugendes Mittel bewähren wird. Zur Leibesübung gehört ferner aber auch Reinlichkeit. Bei allen Übungen müssen Wasch- und Duschgelegenheiten in ausgiebigstem Maße vorhanden sein. Auch sollten Wasserte nicht fehlen.

Wenn man diese berechtigten Forderungen mit der Wirklichkeit von heute vergleicht, dann müssen wir uns dieser so stümperlichen Einrichtung schämen, die wir heute stolz als Schulturnen bezeichnen.

Fälschung oder „guter Glaube".

Im „Przyjaciel Ludu" Nr. 223 vom 10. Oktober findet sich folgender bemerkenswerter Bericht:

Aus Danzig. Dem Vernehmen nach hat die Waggonfabrik in Schellmühl beschlossen, keine polnischen Arbeiter mehr einzustellen. Der polnische Volksrat hat dagegen protestiert. — Wenn die Polaken mit derlei Sachen kommen werden, so werden sie noch erleben, daß die polnische Bevölkerung jede Art Zufuhr von Lebensmitteln nach Danzig nicht gestattet. Dann werden die Polenfresser noch Zähne kriegen."

Unsere Vermutung, daß es sich bei diesem Bericht um eine böswillige Verleumdung handelt, wurde durch die uns von der Waggonfabrik gegebene Auskunft vollauf bestätigt. Der wahre Sachverhalt ist demnach folgender:

In Anbetracht der Arbeitsruhe der Waggonfabrik Danzig hielt es kürzlich das Gerücht, daß die Polen überall da, wo sie vorhandene Stellen einzunehmen hätten, deutsche Arbeiter beseitigten und solche polnische Stellen besetzten, so in der Zementfabrik Neufahrwasser, wo bereits alle deutschen Arbeiter zur Entlassung gekommen seien und seien sie der Ansicht, die von polnischer Seite aufgefordert sei, um durch eine große Mißstimmung einzugreifen, in der ebenfalls nur polnische Arbeiter beschäftigt werden sollen.

Daneben macht sich in letzter Zeit in den Werkstätten der Waggonfabrik eine Bewegung der Polen bemerkbar, die dahin ging, Mitglieder der Deutschen Arbeiter-Organisationen dazu abzuwerben, um sie der polnischen Berufsvereinigung zuzuführen.

Diese Gerüchte, sowie die Tatsache der Polen in den Werkstätten hatte zur Folge, daß sich der Arbeiterschaft eine leichte Unruhe bemächtigte. In einer zu anderem Zwecke einberufenen Versammlung der Arbeiter kam die Sache zur Sprache, und es wurde beschlossen, zunächst der Agitation in den Werkstätten einen Riegel vorzuschieben, daß die Angehörigen der Arbeiter zu Ausweisungen durch Erklärung der Mitglieder nur an Polaken bei Sperre der Arbeitgeber vorgenommen Zusammenkünfte stattfinden sollen.

Von allen diesen Vorgängen, abgesehen der Verhaftung, erfuhr die Leitung der Werke erst Kenntnis, als der polnische Volksrat sich bereitfindet, an sie heran Obenstehendes Schreiben gerichtet hatte.

In einer, in Gegenwart des Direktors der Werke stattgefundenen Konferenz des Vorstandes der Waggonfabrik mit dem polnischen Volksrat wurde kurz folgendes, daß die im Anfang erwähnten Gerüchte jeglicher Grundlage entbehren, daß jeglicher Agitation in der Werkstätte weder der polnische Volksrat für sich in Anspruch, daß kein entlassener Deutscher herrühren müsse und daß der Vorsitzende der polnischen Berufsvereinigung der Ansicht, daß gerade unter den Deutschen eine Unzufriedenheit entstanden sei, die sich aber, als ihm vom Obmann des Arbeiterrates mitgeteilt wurde, daß man Rücksicht auf die Schaffung der Polen in den Werkstätten die deutschen Organisationen auf ihre Kosten verzichten haben, sofort verschwunden war, und daß die in der Waggonfabrik beschäftigten Polen die gleiche Auffassung sei.

Damit war der Sinn der Verhandlungen beseitigt, der Vorsitzende der Berufsvereinigung versprach vom Vorstande auf die Verhandlung bei der Generaldirektion gerichtete Eingabe.

Schließlich der Verhandlungen wurde von allen Beteiligten wiederholt darauf hingewiesen, daß das Verhältnis der deutschen Arbeiter zu ihren polnischen Genossen, die vielfach 15 Jahre und mehr zusammenarbeiten, ein ausgezeichnetes gutes sei.

Was unter diesen Umständen zu dem Bericht des „Przyjaciel Ludu" zu sagen ist, läßt sich schwer in Worte ausdrücken. Man kann sich angesichts solcher systematischen Hetze, der jedes Mittel gut ist, nur fragen: „Ist's bewußte Fälschung oder der allbekannte „gute Glaube" einer Hetzpresse vom Schlage des Przyjaciel Ludu?"

Solange diese Verordnung in Kraft ist ...

Vor einiger Zeit ging beim Vollzugsausschuß der Arbeiterräte Westpreußens eine Beschwerde ein, dahingehend, daß die Arbeitszeit des kaufmännischen Personals der „Danziger Allgemeinen Zeitung", A. G., weit über die gesetzliche achtstündige Arbeitszeit hinaus geht. In einem Schreiben an die Danziger Allgemeine Zeitung wurde darauf hingewiesen, daß für die kaufmännischen Angestellten ebenfalls die achtstündige Arbeitszeit die gesetzliche sei. Daraufhin ging die nachfolgende Antwort ein:

An den

Vollzugsausschuß

Danzig.

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 15. d. Mts. teilen wir Ihnen mit, daß, wenn Ihnen mitgeteilt worden ist, daß wir unser kaufmännisches Personal weit über die gesetzliche achtstündige Arbeitszeit hinaus beschäftigen, sich der Mitteilende einer groben Uebertreibung schuldig gemacht hat, denn wir können nicht anerkennen, daß eine 9 resp. 8¾ stündige Arbeitszeit, in der noch eine ¼ stündige Frühstückspause eingeschlossen ist, „weit über" die gesetzliche achtstündige Arbeitszeit geht. Wir werden aber selbstverständlich, solange diese Verordnung in Kraft ist, uns darnach richten. Bemerken wollen wir noch, daß im Ganzen überhaupt nur drei Personen hierbei in Frage kommen.

Danziger Allgemeine Zeitung A.-G.

gez.: Brunzen.

Kommentare sind dazu überflüssig.

Gleiches Recht auch den andern!

In einer kürzlich abgehaltenen Versammlung nahmen diejenigen Lokalinhaber, die um die Erteilung der Erlaubnis zur Abhaltung von Singspielen angetragen und abgewiesen worden sind, zu dieser Angelegenheit Stellung. Es wurde eine Kommission beauftragt, beim Minister vorstellig zu werden, um die gewünschte Erlaubnis zu erwirken. Die Verbitterung gegen die maßgebende Stelle (Bezirksausschuß), die den Konsens verweigerte, ist zu verstehen, wenn man bedenkt, daß einem auswärtigen Unternehmer die Erlaubnis zur Abhaltung von Singspielen im „Danziger Hof" (dem einzigen für Konzerte geeigneten Saal) ohne Schwierigkeiten erteilt wurde, während jene, die als Danziger Steuerzahler schon viel länger um die Erlaubnis nachsuchen, abgewiesen wurden. Der Bezirksausschuß hat für die Ablehnung die Begründung, daß infolge der in den jüngsten Monaten erfolgten Verminderung des allgemeinen Volkswohlstandes eine Verminderung der Vergnügungsstätten notwendig wäre, ferner daß die künftige Gestaltung der wirtschaftlichen Lage der Danziger noch so ungewiß sei, daß es nicht statthaft wäre, die Vergnügungsstätten zu vermehren. Danzigs Konzertfreunde würden sich sicher sehr gefreut haben, wenn diese Begründung im Falle „Danziger Hof" ebenfalls geltend gemacht worden wäre. Jedoch man versteht alles besser, wenn man die Zusammensetzung des Bezirksausschusses kennt. Wie soll ein Majoratsbesitzer Freiherr von Valeske, ein Rittergutsbesitzer du Bois und noch einige andere Herren aus der Gesellschaft auch über das Bedürfnis vom Publikum und Lokalinhaber orientiert sein? Darüber können höchstens Fachleute oder solche Männer urteilen, die Fühlung mit Lokalinhabern und Publikum haben. Mindestens sollte aber das, was jenen die viel Geld besitzen im „Danziger Hof" recht ist, den andern, die sich nicht solch ein teures Vergnügen leisten können, im Kaffee Konietzko Haferbrei oder in einem der anderen bekannten Lokale billig sein.

Die Frage, ob ein Bedürfnis für die Einrichtung von Singspielen besteht, ergibt sich von selbst. Besteht es nicht, so ist das schließlich einzig und allein Schaden des betreffenden Lokalinhabers. Da braucht man wirklich nicht fleißnige Begründungen und Verordnungen aus dem Jahre 1883 hervorholen.

Es wäre wirklich Zeit, daß auch auf diesem Gebiete sich behördlicherseits auch in Danzig, das im Gegensatz zu anderen Städten schon immer hinterher hinkt, eine freiere Auffassung sich Bahn bricht. Das Gastwirtsgewerbe hat den Sturz des alten Polizeistaates mit seinen unerträglichen Bevormundungen aufatmend begrüßt. Wenn der Abbau der Tausenden von Verordnungen in diesem Gewerbe auch überall einige Zeit in Anspruch nehmen wird, so wird das in Danzig sicher noch lange dauern — ehe damit überhaupt der Anfang gemacht wird. Bei uns ist der alte Zopf viel länger als wo anders im Lande. Das aber sollten sich auch die Gastwirte merken: Die besten Erlasse unserer Minister sind zwecklos wenn wir nicht von den untergeordneten Organen, die noch immer von altem Geist erfüllt sind, ihre Durchführung erzwingen können. Vor allem an der Zusammensetzung der künftigen Freistaats-Regierung haben die Danziger Gastwirte ein großes Interesse. Sie werden aus diesem Fall der Konsens-Verweigerung gelernt haben, wie notwendig es ist, daß reaktionäre Zopfträger keinen Platz in unserem Parlamente haben dürfen.

Noch weniger Gas. Wie uns der Magistrat mitteilt, zwingt die die große bevorstehende Erschöpfung der Kohlenvorräte dazu, zum Zwecke der Kohlenersparnis den Gasdruck weiter herabzusetzen. Der mangelhafte Gasdruck macht sich schon seit längerem in den Privatwohnungen dadurch bemerkbar, daß man bei der schlechten Beleuchtung weder lesen noch schreiben kann. Hoffentlich gelingt es der Gasanstaltsverwaltung doch noch, sich Kohlen zu beschaffen und so den allgemeinen Mißstand abzuhelfen.

Raus aus den Wohnräumen! Eine Anzahl von Wohnräumen kann dadurch freigemacht werden, daß die Büroräume aus den Schulhäusern herausgenommen und in Kasernen verlegt werden. Die M. Dienstsm, die bisher in dem Schulhause Promenade 2 untergebracht war, wird ihnen sofort in die Kriegsschule übersiedeln. Das Gewerbeamt, das hier bis zum 1. Oktober untergebracht war, ist jetzt in eine Dienststelle des 17. A.-K. umgewandelt und auflösbar.

Buchermarkt.

4 Mann — 72 Pfund Fleisch! Am Hauptbahnhof in Danzig wurden einem Kaufmann aus 70 Pfund Schweinefleisch beschlagnahmt, die er in einem Korbe von außerhalb hereinbrachte. — Ein Arbeiter kam mit einem Koffer, einem Rucksack und einem Korbe hier beladen nach Danzig und brachte 64 Pfund Rindfleisch und 15 Pfund Wurst mit, die am Hauptbahnhof beschlagnahmt wurden. Ein pensionierter Landwirt aus der Niederung brachte sich 40 Pfund Rindfleisch mit, die am Kleinbahnhof der Beschlagnahme verfielen. — Aus Stutthof gelangten 70 Pfund Schweinefleisch nach Danzig, die in einem Schließkorbe wohl versteckt waren. Die Bürgerwehr entdeckte aber diese in Danzig seltene Ware und beschlagnahmte sie am Kleinbahnhof.

Gerichtsecke.

Schwurgericht.

In der gestrigen Verhandlung des Schwurgerichts wurde zunächst über einen Meineid verhandelt, der vor dem Mieteinigungsamt am 10. Mai geleistet wurde. Angeklagt war die Schlußfrau Meta Szwandowski in Danzig. Der Hauswirt Walter kündigte der Frau Milschewski die Wohnung. Die Angeklagte war als Zeugin zugegen. Die Milschewski sagte dann zu dem Hauswirt „Affenkopf". Vor dem Mieteinigungsamt sagte die Angeklagte als Zeugin eidlich aus, daß sie dies Schimpfwort nicht gehört habe. Die Anklage behauptet aber, daß sie das Wort tatsächlich gehört und eine falsche Aussage gemacht habe. Die Angeklagte selber bestreitet, das Wort gehört zu haben. Sie hat sich aber vor und nach der Verhandlung verdächtig gemacht und auch gesagt und geglaubt, daß eine Aussage vor dem Mieteinigungsamt nicht so ernst zu nehmen sei, wie eine Aussage vor dem Gericht. Sie befand sich in dieser Beziehung im Irrtum. Die Geschworenen hatten über die Schuldfrage nach Meineid oder fahrlässigem Meineid zu entscheiden. Sie entschieden sich für fahrlässigen Meineid. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von vier Monaten.

Die zweite Sache wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt. Wegen Notzucht an einem 15jährigen Mädchen war der Arbeiter Julius Czaja aus Karthaus angeklagt. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage. Das Gericht erkannte wegen Sittlichkeitsverbrechens im Wiederholungsfalle auf 3½ Jahre Gefängnis. Der Angeklagte ist verheiratet.

Aus den Ostprovinzen.

Agrarier-Wohnungspolitik.

Ohra.

Genosse Walz schickt uns nachfolgende Zuschrift zu:

Auf Grund der vielen Beschwerden über die schlechten Wohnungsverhältnisse, die von den Landarbeitern bei dem Landratsamt eingingen, wurden Genosse Lagodni und ich in unserer Eigenschaft als Kreisarbeiterräte beauftragt, eine Revision der Arbeiterwohnungen in Jetau und Johannistal vorzunehmen.

Das ist gründlich geschehen. Ich bin weit in der Welt herumgekommen. Aber ich habe selbst in Rußland und Polen nicht derartig miserable Arbeiterwohnungen angetroffen, wie beispielsweise in Jetau.

Ohne Ausnahme sind die Wohnungen in einem Zustand, der jeder Beschreibung spottet. Familien bis zu 10 Personen Kopfstärke wohnen zusammen in einer einzigen Stube, in der zudem gekocht und sämtliche Hausarbeit verrichtet werden muß. Besondere Küche sind nicht vorhanden. Der Fußboden besteht aus Lehm, auf dem man Gefahr läuft, sich Hals und Beine zu brechen, Keines von den Fenstern läßt sich öffnen. An allen fehlen die Fenstergehänge. Für zerbrochene Fensterscheiben ist von außen einfach ein Brett an den Fensterrahmen genagelt; der Zwischenraum ist mit Lumpen verstopft. In sämtliche Wohnungen regnet es hinein, in verschiedene gar dermaßen, daß die Bewohner Schutz in anderen Behausungen suchen müssen. Am 20. d. Mts., an dem Tage, an welchem wir die Revision vornahmen, konnten wir uns überzeugen, daß das Wasser, das in der vorhergegangenen Nacht in einem Regen gefallen war, an den Wänden herunter und durch die Decken hindurchgelaufen war. Die Betten und Möbel waren noch am nächsten Tage naß.

Die gleichen Zustände herrschen in Johannistal. Verschiedentlich sind sie noch schlimmer. An einem der Arbeiterhäuser dort ist der Giebel dem Einfallen nahe. In den Wohnungen herrscht ein dumpfer, stockiger Geruch, da auch hier die Fenster nicht geöffnet werden können.

Wenden sich die Arbeiter unter Hinweis auf den kommenden Winter an die Besitzer oder an die Gutsverwalter, damit diese für eine Ausbesserung der Wohnungen Sorge tragen, so gibt man ihnen zur Antwort:

„Ihr seid ja im Verband. Laßt Euch doch durch den Verband Eure Wohnungen in Ordnung bringen oder macht sie Euch selber!"

Auf unsere Vorstellung bei den einzelnen Besitzern dieser Schweineställe — als Wohnungen kann man sie nur noch schlecht ansprechen — wurde uns zur Antwort, daß es kein Material gäbe und daß sie auch keine Handwerker fänden.

Es ist verständlich, wenn die Arbeiter unter solchen Verhältnissen zur Selbsthilfe greifen. Abhilfe muß so schnell wie möglich geschaffen werden. Wir haben das den Herren zu verstehen gegeben und **wir fordern von dieser Stelle aus auch die zuständige Behörde auf, schleunigst für Remedur zu sorgen.** Die Arbeitgeber müssen durch die schärfsten Maßnahmen gezwungen werden, die Wohnungen ihrer Arbeiter in menschliche Wohnstätten zu verwandeln.

Nach dem, was wir gesehen haben, sprechen wir den Agrariern in unserem Kreise das Recht ab, groß Geschrei darüber zu machen, daß sie keine Arbeiter auf das Land herausbekommen. Wir rufen den Herren Gutsbesitzer zu: Schafft erst anständige Wohnungen, damit auch eure Arbeiter als Menschen leben können! Während des Krieges habt ihr, einer wie der andere, soviel verdient, daß ihr das könnt.

Den Arbeitern auf dem Lande aber raten wir, sich mehr wie bisher um ihre Organisation zu kümmern und dafür zu sorgen, daß jeder Landarbeiter organisiert ist. Dann werden sie auch in der Lage sein, sich ein menschenwürdiges Dasein zu erkämpfen.

Im übrigen machen wir die Besitzer in unserem Kreise darauf aufmerksam, daß ihnen allen in nächster Zeit unser Besuch abgestattet werden wird.

Der Kreis-Arbeiterrat des Kreises Danziger Höhe

G. Walz. J. Lagodni.

Eingegangene Druckschriften.

Einküchenwirtschaft als soziale Aufgabe. Von Architekt Robert Adolph. Verlag, Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 9. Preis 3 Mk.

Der Gedanke des Einküchenwohnhauses, der in Amerika und in den nordischen Ländern eine glückliche Verwirklichung gefunden hat und in Berlin neuerdings mit einem Block [illegible], wird in diesem Heft vom Standpunkt einer gemeinfürsorglichen Denkweise betrachtet. Seine Vorteile beruhen in dem Fortfall der Küchenräume der einzelnen Wohnungen (die Mieter erhalten ihre Speisen aus einer Gemeinschaftsküche direkt in die Wohnung) und in dem Fortfall der Küchenarbeit.

Lokales.

Bescheidenheit ist eine Zier, doch ...

Der kommunistische Arbeitslosenrat, der vor einigen Tagen höchst ungnädig dem Oberbürgermeister die Leviten gelesen hat, hat „Forderungen" aufgestellt, die wert sind, der Ewigkeit überliefert zu werden. Kommen sie — was aber völlig ausgeschlossen ist — durch, so ist Danzig das Paradies der Arbeitslosen und — Arbeitsscheuen. Lassen wir zur Erheiterung unserer Leser die „Forderungen" folgen:

1. Die Erwerbslosenunterstützung ist soweit zu erhöhen, daß sie mit den in den Fabrikbetrieben gezahlten Löhnen auf ungefähr gleicher Höhe steht;

2. Wie den Arbeitern in den Staatsbetrieben ist auch den Erwerbslosen eine einmalige Entschuldungssumme von je 1000 Mk. zu zahlen, die ohne Unterschied an Verheiratete und Unverheiratete auszugeben ist;

3. Für jedes Kind ist ein einmaliges Unterstützungsgeld von 400 Mark zur Auszahlung zu bringen.

4. Den Erwerbslosen ist freie ärztliche Behandlung zu gewähren.

5. Eine bessere Versorgung der Erwerbslosen mit Lebensmitteln und Brennstoffen ist in die Wege zu leiten.

Wir sind gewiß nicht hartherzig und gönnen jedem, auch den Arbeitslosen, ein sorgenfreies Auskommen. Was hier gefordert wird, ist aber — gelinde gesagt — eine Unverschämtheit gegen die arbeitende Bevölkerung. Aus unserer Tasche kommen die Steuern, und die Steuersummen würden ins Schwindelhafte emporklettern, denn nur durch einen erneuten Steueraufschlag könnten die Riesensummen aufgebracht werden, die zur Befriedigung der kommunistischen Arbeitslosenwünsche erforderlich sind. Denjenigen aber, die diese Forderungen gestellt haben, möchten wir nur das eine verraten In Konradstein ist noch 'ne Zelle frei ...

Was uns in Danzig noch gefehlt hat!

Wie in allen Großstädten herrscht auch in Danzig großer Mangel auf allen nur denkbaren Gebieten. Wohnungs-, Brennstoff- und Kartoffelnot im Verein mit riesiger Arbeitslosigkeit erschweren die Lebenslage der Einwohnerschaft und bringen viele Kreise bis an den Rand der Verzweiflung.

Ungeachtet dieser riesigen Not werden Spielklubs gegründet, denen Räumlichkeiten ohne weiteres zur Verfügung gestellt werden, obwohl Hunderte von Familien in menschenunwürdigen Räumen untergebracht sind.

Neben dem Spielklub in der Melzergasse (früheres Offizierkasino) existieren noch eine ganze Reihe solcher Klubs, in denen die Tausend-Markscheine haufenweise umgesetzt werden. Für gute Speisen und Getränke ist hier natürlich bestens gesorgt, denn für dieses holde Schieberpublikum gibt es keine Rationierung der Lebensmittel.

In neuester Zeit scheint die Behörde auf diesem Gebiete nicht nur ein, sondern alle beiden Augen zuzudrücken. Anders kann man es sich nicht erklären, wenn man sehen muß, daß nun auch noch die Spielwut und -leidenschaft in die Jugend des arbeitenden Volkes hineingetragen wird.

Seit dieser Woche hat ein findiger Kopf auf dem 4. Damm Nr. 12 eine solche Spielhölle mit sogenannten Glückskästen aufgemacht. Ihm winkt hier ein großer und müheloser Gewinn. Nicht nur die Jugend, nein auch ältere Leute sieht man hier eng zusammengepfercht stehen und auf den Augenblick warten, wo sie ihr Geld in diesen Glückskästen verschwinden sehen.

Ich war Zeuge, wie ein junger Bursche, dem das Elend aus den Augen sah, in ganz kurzer Zeit 4 Mark verspielt hatte. Und ähnlich ging es an allen diesen Kästen, wo die Jugend ihr Glück versuchen soll. Es hat gerade noch gefehlt, daß die gedankenlose Jugend, die in der langen Kriegszeit vielfach verwahrlosen mußte, nun auch noch gewissenlosen Menschen ausgeliefert wird, die aus der Dummheit dieser Kreise Gold münzen wollen.

Es ist ein trauriges Zeichen der Zeit, daß die Spielwut in den besseren Kreisen eine ungeahnte Ausdehnung nehmen konnte und daß von den Behörden hier nicht kräftig eingegriffen worden ist. Aber wenn hier auch viel, sehr viel versäumt worden ist, das darf es nicht geben, daß nun auch noch die Jugend der Arbeiterschaft dem Spielteufel in die Arme getrieben wird, dadurch daß die Behörden ihre Genehmigung zur Eröffnung solcher öffentlichen oder geheimen Spielhöllen erteilt.

Soll die Jugend nicht degenerieren, dann müssen solche Unternehmen sofort geschlossen werden. Wenn die Besitzer solcher Lasterhöhlen nützliche Arbeit verrichten wollen, dann sollen sie lieber Kohlen fördern gehen.

An die Eltern der Arbeiterjugend aber appelliere ich: Paßt auf Eure Kinder auf und bewahrt sie vor dem Unglück der Spielleidenschaft, das mit Verwahrlosung endet. Duldet es nicht, daß auch nur ein Groschen von Euren Kindern in diese Spielhöllen hineingetragen wird und seid strenge, ehe es zu spät ist.

P. Kloßowski.

Keine ungelernten Arbeiter ins Kohlengebiet.

Von der Zahlstelle Danzig des Deutschen Metallarbeiterverbandes geht uns die Abschrift folgenden Briefes zu:

Von einer Reihe Vermittlungsstellen des ganzen Reiches werden nach hier von den betreffenden Arbeitsnachweisen Arbeitskräfte zugeschickt, ohne daß die Verwaltungsstellen vorher anfragen, ob es auch möglich ist, die zugeschickten Kollegen hier unterzubringen. In den letzten Tagen sind wieder eine ganze Reihe von Kollegen von Stuttgart, Eßlingen und anderen Orten Württembergs und Badens nach hier gekommen. In Gelsenkirchen ist es zurzeit unmöglich Facharbeiter unterzubringen, da bereits mindestens 1000 Facharbeiter, die der hiesigen Verwaltungsstelle angehören, als Hilfsarbeiter tätig sind, da für dieselben keine berufliche Verwendung möglich ist. Im Kohlenbergbau ist ebenfalls für die Kollegen keine Arbeitsgelegenheit zu finden.

Im Bergbau werden nur Hauer und Lehrhauer gebraucht; also gelernte Bergleute. Diese Arbeit kann nur nach jahrelanger Uebung ausgeführt werden und ist es daher ausgeschlossen, daß die zugeschickten Kollegen diese Arbeit verrichten können. Die Kollegen reisen dann um eine Enttäuschung reicher, gewöhnlich wieder in ihre Heimat zurück. Ferner kommt noch in Betracht, daß in Gelsenkirchen keine Unterkunft zu haben ist, da hier die größte Wohnungsnot herrscht.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Gelsenkirchen.

Die Verschickungen durch den Magistrat haben ja in Danzig gottlob schon längere Zeit ihr Ende erreicht. — Zur Warnung für Unternehmungslustige, die auf eigene Faust nach dem Kohlenrevier reisen wollen, sei aber dieses Schreiben wiedergegeben.

Zucker für Säuglinge.

Seit Wochen laufen die Danziger Hausfrauen von Geschäft zu Geschäft, um den ihnen auf Marken zustehenden Zucker zu kaufen. Aber vergeblich! In allen Danziger Geschäften ist kein Zucker erhältlich. Zwar schrieb eine hiesige bürgerliche Zeitung, daß die Zuckerknappheit in Danzig behoben sei. Davon haben aber unsere Hausfrauen noch nichts gemerkt. Besonders für die Mütter der Säuglinge bringt die Zuckernot große Schwierigkeiten mit sich. Die Säuglinge sind auf zuckerhaltige Nahrung angewiesen. Aber selbst auf Kinderzuckerkarten ist das notwendige Nahrungsmittel nicht erhältlich. Dafür wird es uns in einigen Restaurants von Kellnern zu Wucher-Preisen angeboten. Wenn es dem Magistrat schon nicht möglich ist, Zucker in genügender Menge für die Erwachsenen heran zu schaffen, so sollte er wenigstens dafür Sorge tragen, daß die Säuglinge ihren Zucker erhalten. Die Kindersterblichkeit ist während des Krieges schon so groß gewesen, daß jetzt endlich mit aller Kraft dagegen angekämpft werden muß.

Achtung! Genossen!

Fahnenweihe.

Am kommenden Sonntag veranstaltet unser Nachbarverein in Ohra seine Fahnenweihe verbunden mit einem Umzug, Konzert, Gesangsvorträgen und Tanz. Beginn des Umzuges 1 Uhr nachmittags vom Lokal „Zur Ostbahn" in Ohra. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

---

5. Bezirk. Die Genossen von Langfuhr werden auf den Diskutierabend, der Freitag beim Genossen Kresin, Brunshöfer Weg 36, stattfindet, hingewiesen. Zahlreiche Beteiligung ist erwünscht.

Entscheidungen des Mieteinigungsamtes unanfechtbar. Am 10. Juni hatte das Mieteinigungsamt in Danzig eine Mieterhöhung beschlossen, obwohl der Mieter weder rechtzeitig geladen noch erschienen war. Der Mieter wandte sich sofort an das Mieteinigungsamt, das auch eine neue Verhandlung anordnete, ohne allerdings dem Vermieter zunächst davon etwas mitzuteilen. Da der Mieter sich weigerte, die erhöhte Miete zu zahlen, klagte der Vermieter. Als dann die erneute Verhandlung vor dem Mieteinigungsamt abermals die Erhöhung der Miete beschloß, zahlte der Mieter nun. In dem Prozesse handelt es sich daher nur noch um die Entscheidung über die Kosten. Das hiesige Amtsgericht hat sie dem Mieter auferlegt, da er Veranlassung zur Klage gegeben hat. Nach § 7 der Mieterschutzverordnung sind die Entscheidungen des Mieteinigungsamtes, soweit sie sich überhaupt im Rahmen seiner Zuständigkeit bewegen, unanfechtbar und können selbst vom Mieteinigungsamt nicht abgeändert werden. Infolgedessen ist seine Entscheidung vom 10. Juni auch Bestandteil des Mietvertrages geworden, obwohl sie formell nicht hätte ergehen dürfen. Der Vermieter konnte sich auf § 7 der Mieterschutzordnung berufen und brauchte sich auf die erneute Verhandlung vor dem Einigungsamt nicht einzulassen. Der Mieter mußte nach der ersten, unanfechtbaren Entscheidung zahlen. Da er das nicht getan hat, so hat er Veranlassung zum Prozeß gegeben. Die ihm gewordene Mitteilung des Mieteinigungsamtes für die dortige nochmalige Verhandlung entlastet den Mieter nicht. Er hat also die nicht unbeträchtlichen Kosten des Rechtsstreites zu tragen, die ihm durch das formell unrichtige Verfahren des hiesigen Mieteinigungsamtes entstanden sind.

Wirtschaftsbund der Hausfrauen. In der Technischen Hochschule fand eine Versammlung des Wirtschaftsbundes Danziger Hausfrauen statt. Der starke Besuch, und die rege Anteilnahme am Vortrag und an der Aussprache bewiesen das große Interesse der Hausfrauen an dem Zusammenschluß. Die Vorsitzende besprach die Ziele des Bundes. Die Hausfrau, die das besonders jetzt so mühevolle Amt der Ernährung der Familie zu verwalten hat, muß größeren Einfluß auf die Lebensmittelbeschaffung haben, denn sie ist hier sachverständiger als der Mann. Sie muß bei der Beschaffung und Preisbildung der Lebensmittel, Bekämpfung von Wucher und Schleichhandel mitwirken. Inlandsware erzeugen ist wichtiger als Auslandsware einführen. Wir müssen versuchen, Futtermittel für die Landwirtschaft vom Auslande einzuführen, damit wir Fleisch und Speck im Inlande selbst erzeugen und zu erschwinglichen Preisen kaufen können. Auf die Einfuhr von Schokolade, Kaffee, Tee und andere Genußmittel müssen wir verzichten können, so lange der Wert unseres Geldes so niedrig steht. Nicht dürfen wir rufen, wir wollen dies und das haben, oder wir holen es mit Gewalt. Die Rindviehschlachtung hat Milchmangel im Gefolge. Ständiges Schimpfen über den Erzeuger bringt keine Besserung, nötig ist Mitarbeit bei Abstellung von Uebelständen. Die Preisbildung ist sehr schwierig, wir fordern vom Magistrat stärkere Heranziehung der Hausfrauen hierzu. Wir müssen größeren Einfluß im Ausschuß für Nahrungsmittel, Großmarkt usw. haben. — Im Anschluß an den Vortrag wurden Einzelheiten besprochen. Erteilung von Ratschlägen hauswirtschaftlicher Art durch Mitglieder, die namhaft gemacht wurden. Zur Kartoffel- und Obstbeschaffung wurden Bestellisten ausgelegt. In der Brotfrage wurde besseres Ausbacken, freistehendes Brot, bessere gesunde Zutaten zum Mehl verlangt. — Statt des ständigen ungenügenden Gasdrucks ist ausreichende Gasabgabe zu bestimmten Tagesstunden erwünscht. Sehr eindringlich forderte Fr. Lemke zum Beitritt auf, denn nur durch Zusammenschluß und Einigkeit aller Danziger Hausfrauen können Verbesserungen ungünstiger Verhältnisse erreicht werden. Beitrittserklärungen nehmen entgegen: Frau Krüger, Jopengasse 29, Frau Tetzlaff, Hirschgasse 8, Frau Anders, Schidlitz, Frau Fiebig, Langfuhr, Hauptstraße.

Veranstaltungen.

Das Lichtspiel-Theater Langenmarkt kündet von heute ab eins der größten und gewaltigsten Filmwerke an, das die Filmindustrie bisher geschaffen hat und das sicher größtes Aufsehen erregen wird. Wir bringen in unserer morgigen Ausgabe eine ausführliche Besprechung.

Aus dem Magistrats-Presse-Büro.

Abholung der Brot-, Mehl- und Kartoffelkarten. Die Bäcker, Brot- und Mehlhändler haben die am Sonnabend, sowie Anfang nächster Woche zur Ausgabe gelangenden Brot-, Mehl- und Kartoffelkarten von der Nahrungskartenstelle Pfefferstadt 33/35, Vordergebäude, 1 Treppe links, abholen zu lassen und zwar die Bäcker, Brot- und Mehlhändler, deren Firmen mit den Buchstaben A bis K beginnen, am Freitag, den 24. Oktober und die, deren Firmen mit den Buchstaben L bis Z beginnen, am Sonnabend, den 25. Oktober, in der Zeit von 8 bis 3 Uhr.

Polizeibericht vom 23. Oktober 1919. Verhaftet: 10 Personen, darunter: 5 wegen Diebstahls, 1 wegen Bedrohung und Körperverletzung, 4 in Polizeihaft. — Gefunden: 1 Militärpaß für Karl Kahle, abzuholen aus dem Fundbüro des Polizei-Präsidiums. — Zugelaufen: 1 kleiner weißer Hahn und eine graubunte Henne, abzuholen von Frau Hedwig Todtenhaupt, Neufahrwasser, Weichselstraße 5.

Standesamt.

Todesfälle: Unverehelichte Lina Willm, 17 J. 10 M. — Maschinenschlosser, Grenadier im Reichswehr-Infanterie-Regt. Nr. 33, Hugo Franz Schimanski, 20 J. — Frau Florentine Kuchenbecker geb. Klobstein, 57 J. — Frau Ida Borschel geb. Radde, 26 J. 3 M. — T. d. Schlossers Richard Prozesky, 9 W. — Zimmermann Johann Madrischewski, 81 J. 1 M. — Arbeiter August Ruhnke, 48 J. 9 M. — Schneiderin Laura Plinski, 72 J. 6 M. — S. d. Tischlers Johannes Dombrowski, 11 W. — Wagenaufseher Albert Rosemann, fast 47 J. — Witwe Marie Kahl geb. Ahlert, 79 J. 10 M. — Zimmermann Friedrich Bremer, 87 J. 7 M. — T. d. gefallenen Arbeiters Franz Lewandowski, 5 J. 9 M. — Lokomotivführer Paul Schulz, 56 J. 11 M. — Unehelich: 1 T.

Wasserstandsnachrichten am 23. Oktober 1919.

	gestern	heute		gestern	heute
Thorn	+ 0,65	+ 0,67	Piechel	+ 0,41	+ 0,41
Fordon	+ 0,54	+ 0,57	Dirschau	+ 0,60	+ 0,67
Culm	+ 0,59	+ 0,66	Einlage	+ 2,34	+ 2,22
Graudenz	+ 0,62	+ 0,63	Schiewenhorst	+ 2,50	+ 2,42
Kurzebrack	+ 0,91	+ 0,91	Wolfsdorf	+ —	+ 0,06
Montauerspitze	+ 0,54	+ 0,54	Anwachs	+ —	+ —

Aus den Ostprovinzen.

Baltikumrebellen auch in Thorn.

Wie wir erfahren, haben ungefähr 200 Mann und einige Offiziere eines Bataillons des Regiments 21 in Thorn in der Nacht vom 21. zum 22. d. Mts. unter Mitnahme der Waffen das Bataillon verlassen, um anscheinend die Grenze in der Richtung des Baltikums zu überschreiten. Es ist energisch Vorsorge getroffen worden, um die Flüchtigen am Ueberschreiten der Grenze zu verhindern. Im übrigen ist von den Mannschaften des Bataillons und denen anderer Truppenteile, bei denen Neigung zum Uebertritt in russische Dienste zu bestehen schien, den gegebenen Befehlen Folge geleistet worden.

Aus aller Welt.

Hohe Geldstrafen für Warenschieber.

Das Schöffengericht in Waldshut i. B. verhängte in 26 Fällen Strafen im Gesamtbetrage von über eineinhalb Million Mark unter Einziehung von Waren. Ein Angeklagter aus Singen wurde wegen Handelns mit unverzollten Schweizer Stumpen zu 103 000 bezw. 235 000 Mark Geldstrafe und zu einer Woche Gefängnis verurteilt und zwei Angeklagte aus Jestetten, die Kaffee mit übermäßigem Gewinn verkauft und zeitweise ohne Einfuhrbewilligung ins Zollinland gebracht hatten, zu je 261 000 Mark Geldstrafe und je einem Monat Gefängnis. — Warum faßt man nicht herzhafter zu und verhängt längere Freiheitsstrafen?

Attentat im D-Zug.

Im D-Zug Dresden—Görlitz wurde ein schwerer Raubüberfall verübt. Aus einem Abteil 2. Klasse ertönten plötzlich Hilferufe. Ein im Nachbarabteil sitzender Kaufmann aus Bunzlau wollte zu Hilfe eilen, fand aber die Tür verschlossen. In diesem Augenblick erhielt er durch die Tür hindurch auch einen Schuß in die Brust. Als der Zug in Bautzen hielt, fand man in dem Abteil einen Oberingenieur aus Breslau blutend und bewußtlos am Boden liegen. Offenbar hatte der Täter, der inzwischen durch das Fenster entsprungen war, den Versuch gemacht, den Oberingenieur, der im Schlafe lag, mit einem Handtuch zu erdrosseln und dann mit einem Totschläger niedergeschlagen. Der Täter wurde in Arnsdorf bei Bautzen verhaftet; er nennt sich Willi v. Matkowski und will in der Nähe von Warschau geboren sein. Die beiden Verletzten befinden sich in ernster Lebensgefahr.

Ein Meisterschleichhändler.

Das Prager Wucheramt befaßt sich seit einiger Zeit mit den Geschäften eines Müllers, der durch schleichhändlerische Geschäfte während des Krieges ein Vermögen von sieben Millionen Kroner zusammengewuchert hat. Josef Nowak aus Hredel bei Raknitz kaufte bei Ausbruch des Krieges um 40 000 ausgeborgte Kronen eine Mühle und besitzt heute — man staune — zwei große Dampfmühlen, eine Ziegelei, drei große Zinshäuser und eine schöne Villa. Sein Vermögen beträgt nach amtlicher Einschätzung sieben Millionen. Wie muß dieser Mensch die Aermsten der Armen ausgebeutet haben, die um ein bißchen Mehl in seine Mühle kamen!

Das Dienstmädchen in Khaki.

In England, wo der Mangel an Dienstmädchen sich noch mehr bemerkbar macht als bei uns, hat ein findiger Kopf das scheinbar unlösbare Problem auf eine einfache Weise gelöst. Das von ihm entdeckte „Ei des Columbus", von dem er in der „Daily Mail" erzählt, ist die Einstellung eines männlichen Dienstboten, und zwar eines ehemaligen Soldaten. Im Kriege hat ja so mancher Dienstmädchen spielen müssen und hat vortrefflich alle die Pflichten erfüllt, die früher nur den Annas und Paulinen oblagen. Der Soldat verstand nicht nur Kleider und Schuhe auf das beste zu reinigen, sondern er wurde auch durch die Not ein Meister im Kochen und entwickelte den Blick fürs Praktische in ungeahnter Weise. Aus dieser Ueberlegung heraus hat der Engländer, dem es nicht möglich war, ein Dienstmädchen zu erhalten, eine Annonce eingesetzt, in der er einen ehemaligen Soldaten zur Besorgung der Wirtschaft in einem Einfamilienhaus mit einem Gehalt von jährlich 40 Pfund suchte. Während auf die verführerischen Angebote für Dienstmädchen sich niemand gemeldet hatte, bekam er nun einen gewaltigen Zulauf und konnte sich in Muße die geeignete Persönlichkeit auswählen. Er ist von der Wahl, die er getroffen, ganz entzückt und schildert in den lebhaftesten Farben die Tüchtigkeit, Bescheidenheit und Häuslichkeit seines „Dienstmädchens in Khaki", das nach den langen Strapazen des Krieges froh ist, in einem netten Heim Unterkunft und Ruhe gefunden zu haben, das nicht jeden Abend zum Tanz geht und keine alles vertilgenden Besuche in der Küche empfängt.

Selbstmord eines Theaterdirektors.

Der Direktor des Kurhaus-Theaters Augsburg-Göggingen, Kurt Steng, beging durch Erschießen in einem Walde am Starnberger See Selbstmord. Der Grund zur Tat liegt wahrscheinlich darin, daß Steng der Eintritt in die Direktion Steng-Krauß des Stadttheaters Heilbronn als Mitglied der Direktion verweigert worden war.

Verantwortlich für Redaktion: Ernst Loops; für Inserate: Bruno Ewert; Verlag und Druck: J. Gehl & Co., Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Donnerstag, den 23. Oktober 1919, abends 6 Uhr
Dauerkarten D I.
Neu einstudiert.
Die Wildente
Schauspiel von Henrik Ibsen.

Freitag, den 24. Oktober 1919, abends 6 Uhr
Dauerkarten E I.
Martha
Oper in 4 Akten von F. v. Flotow.

Sonnabend, den 25. Oktober 1919, abends 5½ Uhr
Dauerkarten A II.
Ermäßigte Preise.
Hamlet
Prinz von Dänemark.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare.

Sonntag, den 26. Oktober 1919, nachm. 2 Uhr
Ermäßigte Preise.
Die im Schatten leben
Drama auf der roten Erde von Emil Rosenow.

Abends 6 Uhr.
Dauerkarten haben keine Gültigkeit.
Tiefland
Musikdrama in 1 Vorspiel und 2 Akten von Eugen d'Albert.

Künstlerspiele

Dir.: Alex Krause Art.-Leiter: Alfred Müller
Danzig, Hotel „Danziger Hof".

Eröffnungsprogramm:
Kurzes Gastspiel der javanischen Tempeltänzerin Takta-Takta, Tom Steinmann, Tatjana Barbakow, Axel Detzn, Martell Retzsler, Alfred Müller, Clowns, Walter Bährmann, Adolf Karnbach, Heldentenor. Konzertorchester - Leiter: Violin-Virtuose Hans Stoff.
Sonntag, nachmittags 4 Uhr: Musikalischer Tee m. Gesangs- u. Tanzeinlagen. Eigene Konditorei
Preise der Plätze: Terasse u. Orchestersessel ℳ 7.50, Parkettsessel ℳ 6.50, 1. Tischplatz ℳ 5.—, 2. Tischplatz ℳ 3.50. (4957

Lichtbild-Theater Langenmarkt Nr. 2.

Der erste Film der
Decla-Welt-Klasse
Das künstlerische Ereignis
„Pest in Florenz"
7 Kapitel der italienischen Renaissance nacherzählt von Fritz Lang.
Regie: Otto Rippert.
In den Hauptrollen spielen:
Theodor Becker
Marga Kierska
Das gigantische Filmwerk übertrifft alles was bisher dagewesen!
10 000 Mitwirkende.
Ultramoderne Bauten.
Anfang täglich präzise 3 Uhr.
(4976)

Sozialdemokratischer Verein Ohra

feiert am Sonntag, den 26. Oktober, im Etablissement „Zur Ostbahn" in Ohra sein

Stiftungsfest

verbunden mit

Fahnenweihe.

Antritt der einzelnen Ortsvereine mittags 1½ Uhr in der „Ostbahn". — Die Ortsvereine werden ersucht pünktlich zu erscheinen.

— Programm: —

1. Festrede des Genossen Brill und Enthüllung der Fahne.
2. Umzug durch Ohra mit 2 Militärkapellen.
3. Nach dem Umzug: Gesänge der Arbeitergesangvereine Ohra, Oliva und Danzig.
4. Theater und humoristische Vorträge.
5. Festball. (4968

Eintrittsgeld: Umzug und Theater 1.— Mark,
:: Tanz 1.50 Mark, von 5 Uhr ab 2.50 Mark. ::

Wir bitten alle Vereine, Freunde und Bekannte an dieser Feier teilzunehmen.

Schluß ? Das Vergnügungskomitee.
I. A.: G. Walz.

D DZL L — D DZL L

Danziger-Zentral-Lichtspielhaus

Tel. 1019 Langgasse 31 Tel. 1019

Vornehme Lichtbildbühne

Von Freitag, den 24. bis Montag, den 27. Oktober einschl.

gelangt auf vielseitigen Wunsch unseres geehrten Publikums auch in unserem Theater das große dramatische Filmwerk mit

Asta Nielsen

Alfred Abel Carl Meinhardt

Rausch

von Strindberg — 5 Akte — zur Aufführung.

Hierzu ein moderner Lustspielschlager:

„Meine Frau hat'n Pienmatz"

Filmschwank in 2 Teilen von Paul Herbig.

In Kürze:

„Von Stufe zu Stufe"
„Erbe des Blutes"
Sittendramen. (4971

Kleine Anzeigen

in der Volkswacht sind billig und erfolgreich

---

3 Zylinderhüte werden verliehen Langenmarkt 10. (4833

Herren-Anzüge, Überzieher, Ulster preiswert zu verk. (4972 Wilhelmstr. 5, 1 (Leihh.)

Wilhelm-Theater

Besitzer Kommissionsrat Hugo Meyer.
Bühnenleitung Willy Kollmann.

Donnerstag, den 23. Oktober, abends 6½ Uhr.
Zum ersten Male:
Die keusche Susanne
Operette in 3 Akten von Jean Gilbert.

Freitag, den 24. Oktober, abends 6½ Uhr:
Die keusche Susanne
Operette in 3 Akten von Sidney Jones.

Vorverkauf täglich von 10—3 Uhr nur an der Theaterkasse. Sonntag von 10-3 Uhr.

Volkshochschule Danzig.

2. Symphoniekonzert

Sonntag, den 26. Oktober, vormittags 11 Uhr in der Sporthalle.

Ausgeführt von der verstärkten Stadttheater-Kapelle unter Leitung von Kapellmeister Victor Wolfgang Schwarz.

Programm:

Brahms: 1. Symphonie C-moll.
Berlioz: Ouvertüre zu Benvenuto Cellini.
Liszt: Präludien.

Die Erläuterungen zu diesen Konzerten hält Herr Hugo Socnik, Lehrer am Riemann-Konservatorium, am Freitag, den 24. Oktober, von 7—8 Uhr in der Aula der St. Petrischule, Hansaplatz.

Eintrittskarten für das Konzert sind zum Preise von Mk. 2.50 numerierter Platz und Stehplatz zum Preise von Mk. 1.50 ab Dienstag bei F. W. Burau, Langgasse erhältlich. Karten für die Erläuterungen zum Preise von Mk. 1.— ebenda. Mitglieder haben für diese Veranstaltungen gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte 25% Ermäßigung. (4959

Transmissionen

1 Transmissionswelle 45 mm, 6,5 m lang
2 „ 35 „ 2 „ „
2 Hängelager
1 eiserne 3-Stufenriemenscheiben 45/39
1 „ Riemenscheiben 80 mm, 45 cm Durchm.
1 hölzerne Riemenscheibe 120 „ 19 „ „
1 „ „ 80 „ 25 „ „
4 „ „ 60 „ 38 „ „
verkauft einzeln oder im ganzen
Volkswacht, Am Spendhaus 9.

Filial-Expedition Langfuhr

befindet sich bei

Herrn Steinbeiß
Mirchauerweg Nr. 12, 1 Treppe.
Die Expedition.

Tüchtiger Zimmerer sucht Arbeit, evtl. auch nach Landorten. Angebote unt. B 19 an die Exped. der Volkswacht, Paradiesg. 32.

Dieses kleine Inserat hatte in der Volkswacht sehr guten

Erfolg.

Der Inserent schreibt uns: W. G.! Habe einen sehr guten Arbeitsplatz erhalten und kann meinen Kameraden nur empfehlen, ebenfalls zu inserieren.

Volksfürsorge,

Gemeinnützige Volksfürsorge Versicherungs-Aktiengesellschaft
Sitz Berlin. Zweigstelle für Erwachsene und Kinder.
Sein Zahlungsverfall.
— Sterbekasse. —
Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 85.

Kautabak!
gute Fabrikmarke, also kein Ersatz. (4967

Rauchtabak
garantiert rein, bis 5 Pfd. Engrospreis. Ein kleiner Posten guter Zigarren. Zigaretten a. M. zum Wiederverkauf. Schnupftabak Pfd. 8.— Mk.
Walter Belau,
Pastechaisengasse.

Eine Kinderkrippe und Sportwagen
zu verkaufen (†
Steindamm 4, 1 Tr. rechts.

Schwarzer neuer **Jackettanzug,** nicht getragen, preiswert zu verkaufen (4969
Ohra, Radaunestraße 24.

Schnupftabak
(Kachelarbeit)
Echter Kautabak
Reinen Rauchtabak
offeriert
Zigarren-Geschäft
Eduard Stahl
Im Häkerter. (4909

Platin
Gold- und Silbersachen, Münzen, Tressen sowie Zahngebisse (4611
kauft
M. Jakobsohn
Breitgasse 109
— Fernsprecher 1751. —

Haar kauft zu h. Preis Haar-Körner, Kohlenmarkt 18/19. (4914

Verlangen Sie die „Volkswacht" in den Gaststätten!

Korsette

Sehr preiswertes Angebot!

Korsett beigrau Leinen, gestreift, mit Haltern	19.75	**Korsett** lange Form, hellfarbig, mit Langgarte	26.75	**Korsett** eleg. Frackform, blau gestreifter Damast	32.00
Korsett gran Leinen, lange Form, mit Haltern	21.50	**Korsett** elegante Form, weiß Damast	27.50	**Korsett** eleg. Form, in gemustert. Leinen, mit Haltern	34.50
Korsett halblange Form, gute Qualität	24.75	**Korsett** eleg. Form grau u. weiß Leinen, mit reicher Garnitur und Haltern	29.50	**Korsett** extra lange Form, gute Qualität, mit Gummihaltern	38.00

Backfischkorsetts, Reformkorsette, Büstenhalter
in reichhaltiger Auswahl.

Maßanfertigung
auch von mitgebrachten Stoffen, unter Garantie von tadellosem Sitz.

Spezialabteilung im 1. Stock

Freymann

(4963